European Parliament
FORMER MEMBERS
ASSOCIATION

BULLETIN DEZEMBER 2019 SCHWERPUNKT URBANISIERUNG UND LÄNDLICHE REGIONEN

ENTWURF DES GRUSSWORTS DES VORSITZENDEN

Da sich das Jahr 2019 dem Ende zuneigt, ist es an der Zeit, über die jüngsten Ereignisse nachzudenken und auf das kommende Jahr zu blicken. Am 9. November jährte sich der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal. Ich habe an den Feierlichkeiten zu diesem historischen Moment, der ein Symbol der neu gewonnenen Einheit zwischen dem Westen und dem Osten Europas ist, in Berlin und Brüssel teilgenommen. Die Wiedervereinigung von Familien und Freunden veränderte nicht nur ein Land, sondern einen ganzen Kontinent. Die Bürger in Osteuropa lernten nach Jahren der kommunistischen Unterdrückung ein nie gekanntes Maß an Freiheit und individueller Unabhängigkeit kennen. Den Europäern in allen Ländern gelang es, Differenzen zu überwinden und langersehnte Brücken zwischen Ost und West zu bauen. Und ich möchte an Folgendes erinnern: So wie es ohne den Fall der Berliner Mauer keine Osterweiterung der EU gegeben hätte, wäre die Wiedervereinigung Deutschlands ohne Europa als Ganzes nicht möglich gewesen. Der Geist der Einheit und des Zusammenhalts ist mithin unverzichtbar für unsere gemeinsamen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen in ganz Europa und darüber hinaus.

Die Mitgliedstaaten der EU verfügen über eine gemeinsame Geschichte in der längsten Phase des Friedens, die es in Europa jemals gegeben hat. Die EU wird auch weiterhin für diplomatische und friedliche Lösungen stehen und auf sie hinarbeiten.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die vorliegende Ausgabe des Bulletins auf das Thema Urbanisierung und ländliche Gebiete. Die Urbanisierung ist eine wichtige Entwicklungstendenz der letzten Jahrzehnte. In diesem Bulletin werden die mit ihr verknüpften Herausforderungen und Chancen beleuchtet. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten oder städtischen Randgebieten. Und während weitere Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen, entstehen durch das Wachstum der Bevölkerung der städtischen Gebiete spezielle wirtschaftliche, ökologische, soziale und gesundheitliche Probleme. Bis zur Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends lebten mehr Menschen in ländlichen als in städtischen Gebieten. Die für die nächsten Jahrzehnte vorhergesagte Entstehung von mehr als 20 neuen Megastädten macht jedoch Lösungen für die genannten Probleme dringend erforderlich, und die EU muss ihren Teil zu diesen Lösungen beitragen.

In der vorliegenden Ausgabe wird auch ausführlich über die erfolgreiche Studienreise des VEM vom 29. September bis 4. Oktober nach Georgien unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Jan-Willem Bertens berichtet. Der VEM hat in Zusammenarbeit mit dem georgischen Parlament ein sehr interessantes Programm organisiert. Achtzehn ehemalige MdEP konnten an hochrangigen Treffen mit Vertretern der Regierung, der Regierungs- und Oppositionsparteien im Parlament und der Zivilgesellschaft teilnehmen. Wie Sie dem Bericht entnehmen können, erhielten die ehemaligen MdEP wertvolle Informationen zu verschiedenen Themen wie der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Inkrafttreten der neuen Verfassung und ihren Auswirkungen auf die politische Landschaft, der Unabhängigkeit der Justiz, den besetzten Gebieten, der Lage der Arbeitnehmer und der Medienfreiheit.

Am 3. und 5. November nahm eine Delegation von 23 ehemaligen MdEP an einem bemerkenswerten Besuch in Finnland unter der Leitung von Lord Richard Balfe teil, bei dem anregende politische Debatten über das aktuelle Tagesgeschehen in der EU geführt wurden, inspiriert vom finnischen Vorsitz im Rat der EU.

Der VEM schloss das Jahr mit unseren alljährlichen Veranstaltungen ab. Sie fanden im Europäischen Parlament und erstmals im Haus der Europäischen Geschichte (HdEG) statt, in dem die Bürgerinnen und Bürger dazu angeregt werden sollen, über die Geschichte Europas und über die europäische Integration zu reflektieren und zu diskutieren. Für mich als Initiator und Gründer des Hauses der Europäischen Geschichte war das ein sehr bewegender Moment.

Ich bin sehr dankbar für die Teilnahme vieler angesehener prominenter Redner und renommierter Gäste. Wir hatten Gelegenheit, interessante Debatten über die Rolle des Europäischen Parlaments im Bereich der Demokratie und Sicherheit innerhalb der EU und in einem globalen Kontext zu führen.

Schließlich möchte ich allen danken, die zu unserem beliebten Programm „EP to Campus“ beigetragen haben. Die Universitäten, unsere Mitglieder und die Studenten haben die

Ereignisse sehr positiv aufgenommen, und wir sind sehr froh darüber, dass unsere Vereinigung auch weiterhin ein aktiver Förderer europäischer Werte wie der Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte, der Freiheit, des Friedens, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist.

Eine Reihe von Sachverständigen und ehemaligen MdEP haben zur diesjährigen Ausgabe unseres Bulletins beigetragen, und wir danken jedem von ihnen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches und glückliches Jahr 2020!

Hans-Gert PÖTTERING
Präsident des VEM

EIN CHAOS NAMENS BREXIT

Als ich diesen Beitrag Ende September verfasst habe, war es immer noch nicht sicher, ob Großbritannien Ende Oktober aus der EU austritt oder nicht. Ich befürchte, dass dies – wenn Sie diese Zeilen lesen – bereits geschehen ist oder gerade geschieht.
Ich kann nur sagen, dass der Brexit von Anfang bis Ende ein von den Briten ausgelöstes Chaos war. Es wäre zu schmerzhaft, all das aufzuzählen, was schiefgelaufen ist.
Als Premierminister Macmillan den ersten Beitrittsantrag stellte, war ich noch Student. Wie die meisten Menschen der Nachkriegsgeneration befürwortete ich diesen Schritt ausdrücklich; er stellte eine Antwort auf die britische Frage dar, als das Land ein Weltreich verloren, seinen Platz in der Welt jedoch noch nicht gefunden hatte.
Leider haben wir unsere Möglichkeiten innerhalb der EU niemals optimal genutzt. Wäre es jedoch berechtigt zu behaupten, dass wir nichts erreicht haben?
Sicherlich haben wir Chancen verrinnen lassen, aber gibt es nicht auch Erfolge? Aber ja doch. Als erstes wäre der Binnenmarkt zu nennen. Mein Vorgänger als MdEP für Hampshire, Basil de Ferranti, war Gründungsmitglied der Känguru-Gruppe. Ihr Ziel war es, nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen und einen echten Binnenmarkt zu schaffen. Mithilfe der britischen Konservativen konnte dies erreicht werden.

Als ich im Jahr 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments wurde, ließ man mich wissen: „La langue des couloirs c'est francais". Glücklicherweise war meine Frau Französischlehrerin, sodass ich gut zurechtkam. Als ich 2004 aus dem Parlament ausschied, war das Englische vorherrschend, und ich gehe davon aus, dass sich daran nichts ändert.
Ein Parlament braucht Mitglieder, die sich auch außerhalb der Plenarsaals leicht untereinander verständigen können.
Wir hinterlassen Ihnen die Sprache Shakespeares.

Einige von Ihnen mögen das vielleicht anders sehen, doch bin ich davon überzeugt, dass Großbritannien, indem es außerhalb des Schengen-Raums und des Euro-Währungsgebiets

verblieb, Europa dabei half, sich pragmatischer und flexibler entwickeln zu können, sodass sich der Beitritt für die osteuropäischen Länder einfacher gestaltete.

Ich könnte weitere Beispiele anführen, jedoch ist die Zukunft stets wichtiger als die Vergangenheit. Entscheidend ist, dass die hehren Ideale der Gründerväter gewahrt bleiben. Zweifelsohne wünschen wir uns alle einen Kontinent, auf dem Frieden und Wohlstand herrschen. Ich bin zuversichtlich, dass sich Großbritannien als freundlicher Nachbar geriert und auch als solcher wahrgenommen wird.

Wie so viele in meiner Generation wurden meine beiden Großväter im Ersten Weltkrieg und der Vater meiner Frau im Zweiten Weltkrieg getötet. Wenn ich den Stein vor der Kathedrale von Reims betrachte, der als Gedenken an der Stelle angebracht wurde, an der General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer einander in Frieden und Freundschaft die Hand reichten, weiß ich, dass ich dasselbe fühle, wie alle meine französischen und deutschen Freunde, die wir uns an diese beiden herausragenden Persönlichkeiten erinnern.

Ich war verlegen und verspürte Scham, als ich während der Eröffnung der Juli-Tagung des Europäischen Parlaments beim Abspielen von Beethovens neunter Sinfonie, der Ode an die Freude, das ungebührliche Verhalten des Brexit-Lagers mitansehen musste. Ich habe niemals gezögert, als Zeichen des Respekts dabei aufzustehen. Wenn ich die Ode höre, erfüllt mich stets ein Gefühl von Stolz und Freude darüber, dass sich unsere Generation für einen friedlichen Kontinent eingesetzt hat.
Seien Sie versichert, dass es weiterhin sehr viele Briten gibt, die der EU das Beste wünschen und hoffen, dass wir eines Tages – wenn Sie uns denn zurückhaben wollen – zurückkehren dürfen.

Roy PERRY

WIR BRAUCHEN EINE LÖSUNG

Nach der Drohnen-Attacke in Saudi-Arabien befürchtet die Welt eine neue Ölkrise. Dies ist nicht die erste und wahrscheinlich auch nicht die letzte Ölkrise, aber die Frage nach der Abhängigkeit unserer Gesellschaften vom Erdöl stellt sich immer dringender. Wie viel Zeit muss noch vergehen, bis wir diese schmutzige Energiequelle, die unaufhaltsam zur Neige gehen wird, hinter uns lassen? Wie viele Milliarden Tonnen Treibhausgase werden wir noch ertragen und wie viele Grad Temperaturanstieg noch aushalten müssen?
Die Weiterentwicklung der Menschheit, der Fortschritt und das Wohlergehen jedes Einzelnen erfordern jedoch unbegrenzt verfügbare und umweltfreundliche Energiequellen.
Welche Lösungen stehen uns zur Verfügung?

Sicherlich gibt es Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie, die keine Treibhausgase emittieren. Sie werden aber unseren Bedarf auch mit noch so hohen Investitionen nicht decken können. Darüber hinaus unterliegt die Erzeugung von Wind- und Solarenergie Schwankungen!
Aus meiner Sicht gibt es nur eine Energiequelle, die unbegrenzt vorhanden und umweltfreundlich ist: Wasserstoff.
Dieses Element, dessen gewaltiges Vorkommen auf der Erde nicht mehr nachgewiesen werden muss, bietet uns zwei Möglichkeiten: molekularen oder atomaren Wasserstoff.
Bei der exothermen Verbrennung von molekularem Wasserstoff wird lediglich Wasser freigesetzt. Sie könnte als Perpetuum mobile für die künftige Energiegewinnung betrachtet werden. Allerdings ist dieses Molekül in Wasser gebunden und es muss viel Energie aufgewendet werden, um es zu extrahieren. Diese Energie könnte mithilfe der bereits erwähnten, zeitweise zur Verfügung stehenden Energiequellen erzeugt werden und es ist notwendig, die diesbezügliche Forschung zu intensivieren. Die unerschöpfliche Energiequelle, die sich die Welt wünscht, liegt aber in der Fusionsenergie, die auf Einsteins grandioser Entdeckung beruht, bei der dieser mithilfe seiner berühmten Formel E = mc2 den Zusammenhang zwischen Masseverlust und Energieproduktion nachgewiesen hat.
Im Gegensatz zur Energiegewinnung aus Spaltung fallen bei der Fusion nur sehr wenige radioaktive Abfälle an. Zahlreiche Länder der Welt setzen auf diese Technologie und haben das Forschungsprojekt ITER ins Leben gerufen, an dem sich Europa als Ganzes als Partner und Geldgeber beteiligt. Es erscheint mir heute unvorstellbar, dass die notwendigen Mittel für die wissenschaftliche Erforschung nicht zur Verfügung stehen, und ich appelliere an die neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments, sich für die Haushaltsmittel einzusetzen, die für die Förderung dieses Projekts erforderlich sind, das in der Lage sein wird, alle unsere Energieerwartungen zu erfüllen, auch wenn es noch einige Zeit dauern wird.
Es ist unsere Pflicht, uns für die künftigen Generationen einzusetzen, indem wir ihnen einen lebenswerten Planeten hinterlassen und eine Energiequelle entwickeln, die für das Wohlergehen der Menschen und weitere Fortschritte erforderlich ist. Aus diesem Grund müssen wir die Forschung fördern.

Jean Paul DENANOT

DER KAMPF EUROPAS GEGEN DIE DESINFORMATION

Desinformation ist im Wesentlichen ein frontaler, organisierter Angriff auf die Grundlagen der liberalen Demokratie durch eine gezielte Verbreitung von Falschinformationen. Das Ziel besteht hierbei nicht unbedingt darin, die Menschen zu täuschen, sondern darin, sie davon abzubringen, die Wahrheit erfahren zu wollen. Das heißt, wir sollen unser Bedürfnis, die Dinge zu verstehen, aufgeben, und jeder soll sich von seinen eigenen Vorurteilen und von der

Neigung leiten lassen, Informationen so auszuwählen, dass sie die eigenen Erwartungen erfüllen. Wenn uns die Gewissheit abhandenkommt, dass wir uns auf eine gemeinsame Faktengrundlage stützen können, so gibt es auch keine Hoffnung mehr darauf, den minimalen Konsens zu finden, der ein demokratisches Zusammenleben ermöglicht.

Eine ganze Reihe von Akteuren trägt unmittelbar zu diesem Ziel bei, wobei ihre Beweggründe und das Ausmaß, in dem sie hierbei bewusst vorgehen, unterschiedlich sind. Es ist dies eine neue Form der hybriden Kriegsführung, deren Ziel darin besteht, die Vorteile der liberalen Demokratien wie Schwächen auszunutzen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ermöglicht so die Verbreitung von Falschmeldungen, die die Gesellschaft spalten und das Vertrauen in die Institutionen untergraben. Lügen, die beispielsweise die Errungenschaften zunichtemachen können, die uns jahrhundertelange Forschung gekostet haben – wie etwa die Verhinderung tödlicher Krankheiten durch Impfungen. Nicht weniger als das steht auf dem Spiel: unsere Gesundheit, unsere Gewissheiten, unser Modell des demokratischen Zusammenlebens. Und wie wir bereits wissen, sind Unwissenheit und böse Absichten die idealen Verbündeten der Desinformation.

Die Desinformation hat bei allen Ereignissen, die unsere Welt in den letzten Jahren erschüttert haben, eine zentrale Rolle gespielt. Es versteht sich von selbst, dass der Brexit und der Sieg von Donald Trump ohne ihre zerstörende Wirkung nicht möglich gewesen wären und dass sie dem europäischen Nationalpopulismus von Nord nach Süd und von Ost nach West Vorschub leistet. Uns Spanier hat die Sache mit Katalonien so sehr getroffen, dass wir keine weiteren Erklärungen brauchen.

Nach vielen Zweifeln und mit einiger Verspätung hat die Europäische Union schlussendlich reagiert. Im Dezember 2018 hat sie den EU-Aktionsplan zur Bekämpfung von Desinformation auf den Weg gebracht, mit dem sie vier grundlegende Ziele verfolgt: die Zuweisung von Mitteln an den Auswärtigen Dienst, um die Ermittlung von Desinformation zu verbessern; die Einrichtung eines Frühwarnsystems, mit dem die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichtet werden, über festgestellte Angriffe Bericht zu erstatten; die Zusammenarbeit mit digitalen Plattformen und die Unterzeichnung eines Verhaltenskodexes; und die Verbesserung der Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu einem kritischen und sicheren Verhalten im digitalen Umfeld.

Der Aktionsplan wurde mit Blick auf die offenkundigste Bedrohung ausgearbeitet: die Europawahl am 26. Mai. Es wurden zwar – in erster Linie von Russland aus – Desinformationstechniken eingesetzt, um den Ausgang der Wahl und die Wahlbeteiligung zu beeinflussen; wir aber verfügten bereits über die Ressourcen, das Werkzeug und die Unterstützung der Regierungen sämtlicher Mitgliedstaaten, um diese Angriffe zu bewältigen. Die Feuerprobe haben wir also bestanden: Wir konnten die europäische Demokratie vor der Destabilisierung bewahren. Allerdings können wir dies keineswegs als einen endgültigen Sieg verbuchen, da die Koordinierung und Beteiligung der Institutionen, der Unternehmen und der Medien im Rahmen des EU-Aktionsplans noch nicht ausreichend effizient und verlässlich erfolgt und da dadurch, wie sich das Phänomen weiterentwickelt (neue Formen, neue

Akteure, neue Kanäle), unsere Fähigkeit zu dessen Bekämpfung auf die Probe gestellt wird; es ist davon auszugehen, dass wir gegen die Desinformation in der Regel nach dem Trial-and-Error-Verfahren werden vorgehen müssen. Organisiert, entschlossen und mit den Waffen des 21. Jahrhunderts. Ohne Nachsicht und ohne Fatalismus.

Beatriz BECERRA BASTERRECHEA

ES WIRD HÖCHSTE ZEIT FÜR #JOURNALISTSFORFUTURE!

Wer die Informationsangebote der Medien, ob gedruckt, online, im TV oder Radio, verfolgt, könnte leicht verzweifeln, in welcher Welt wir leben und wohin diese Welt uns noch führt. Die Berichterstattung über Krisen aller Art von Terroranschlägen, Wetterkatastrophen, Finanzdesastern, Wirtschaftsdramen bis zu Pleiten, Pech und Pannen nehmen nicht selten apokalyptische Ausmaße an, auch in der seriösen Presse. Hilft das, auf Abhilfe ausgerichtete Gegenbewegungen zu schaffen? Eher nicht, sie schüren Angst, verstärkt durch die sozialen Medien. Warum ist das jetzt ein Thema?
Die rechtsextremen Kräfte im Europäischen Parlament sind zum Glück weit von der Mehrheit entfernt, aber sie haben genug verantwortungslose Kräfte, die sich der Angsterzeugung mit Vehemenz widmen werden, um Aufmerksamkeit zu erregen und Auflage bzw. Reichweite zu schaffen.

Deshalb wird es Zeit, dass sich neben #parentsforfuture, #scientistsforfuture oder #entrepreneursforfuture auch #journalistsforfuture zusammenschließen, die in Form eines kritisch-konstruktiven Journalismus einer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, indem sie auf Gewaltfixierung und Skandalisierung verzichten. Auch guter Journalismus kann und darf schlechte Neuigkeiten nicht ignorieren, aber er darf nicht bloße Angststarre verbreiten und Lösungsmöglichkeiten unterschlagen. Er muss sich auch bewusst sein, dass mit Schreckensnachrichten die Nachahmungsgefahr steigt. Deshalb wird in Deutschland über Selbstmörder in der Regel nicht berichtet. Nicht jeder Todesfall gehört in die Schlagzeilen! Auch nicht jede ausländische Staatsbürgerschaft. Und schon gar nicht jeder Name eines Gewalttäters, der, vor allem bei Terrortaten oder Amokläufen, ja darauf aus ist, weithin die Medien zu füllen. Das wollte auch der Rechtsterrorist von Christchurch, aber die neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern hat ihm diesen Gefallen nicht getan und geschworen, seinen Namen niemals zu nennen. Der Verzicht auf Namensnennung von Tätern würde dem Terrorismus wie dem politischen Extremismus eine erhebliche Resonanz entziehen. Das gilt im Übrigen auch bei politischer Provokation.

Ich wünsche mir von dem neuen Europäischen Parlament eine große Sensibilität für dieses Thema und eine breite Unterstützung für Medienschaffende, die das europäische Geschehen und die Entwicklungen in der Welt multidimensional im Auge haben. Rechte wie linke Medien erzeugen Angst, die einen vor (muslimischen) Migranten, die anderen vor wirtschaftlichem Zusammenbruch um den Preis sozialen Elends. Der Politik kommt die Aufgabe zu, Signale für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen. Das zu übermitteln, ist allen
Problemen und Kritikpunkten zum Trotz, die Verpflichtung von #journalistsforfuture aber auch all derer, die in den europäischen Institutionen für Medienarbeit verantwortlich sind.

Karin JUNKER

BOTSCHAFTER DER EUROPÄISCHEN VIELFALT UND VERSTÄNDIGUNG

Ich war zwei Wahlperioden lang Mitglied des Europäischen Parlaments und habe in dieser internationalen Umgebung viele interessante Erfahrungen gewonnen. Offen gesagt ist mir im Zuge meiner parlamentarischen Tätigkeit bewusst geworden, wie wenig wir eigentlich übereinander wissen und wie wenig Verständigung zwischen uns herrscht, und zwar selbst zwischen Kollegen, die sich fast täglich in den Ausschüssen begegnen. Das fing damit an, ob Namen korrekt geschrieben wurden – und manche Kollegen gaben sich da nicht einmal Mühe –, ging damit weiter, dass ich als Tschechin für eine Polin, Slowakin oder Slowenin gehalten wurde, kurzum, als Person aus irgendeinem Land im Osten, wo wir ohnehin alle ähnliche Sprachen sprechen, die wie Polnisch klingen, und dann würde uns allen natürlich auch die Verdolmetschung in nur diese eine Sprache ausreichen... nun ja, für kleine Fehler habe ich durchaus Verständnis, aber solche Dinge passierten quasi ständig, was mich zu der Frage führte, was man denn eigentlich in Bezug auf die Verständigung zwischen den Kulturen oder auf Differenzen bei politischen Themen erwarten kann, wenn uns schon die Grundlagen fehlen. Beispielsweise hat es mich immer wütend gemacht, dass bei den meisten Folgenabschätzungen die neuen Mitgliedstaaten außer Acht gelassen wurden oder dass erwartet wurde, dass ein Vertreter eines Landes im Namen aller anderen Länder spricht. Und wie sieht es in der breiten Öffentlichkeit aus, also bei Menschen, die nicht politisch engagiert sind, wenn es schon den Kollegen an Interesse mangelt, von denen man eigentlich erwarten sollte, dass sie über das einschlägige Wissen und das notwendige Interesse verfügen?
Und dann wurde mir bewusst, dass ich selbst aktiv werden muss. Deshalb organisiere ich die *European Days*, eine Woche, in deren Zuge das Land vorgestellt werden soll, das jeweils den Vorsitz im Rat der EU innehat. Die ersten *European Days* organisierte ich 2010, also ein Jahr nach meiner Wahl zum MdEP, damals symbolisch zunächst zum Thema Belgien. Seitdem habe ich zweimal pro Jahr *European Days* organisiert und mache dies inzwischen zum achtzehnten Mal.

Meine Absicht war dabei nie ein „VIP-Event“ oder eine Veranstaltung für Akademiker. Nein, ich wollte diese Blase platzen lassen: Wir möchten auf die Vielfalt in Europa aufmerksam machen und in der breiten Öffentlichkeit, also ganz einfach bei den Menschen, für Verständigung und Interesse werben. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir die Menschen nur so erreichen und darauf hinwirken können, dass sie auf die EU aufmerksam werden und sich für sie interessieren.
In den vergangenen Jahren hat die Veranstaltung ein Publikum gewonnen und ist zu einer Tradition geworden. Ich freue mich, dass diese Bedeutung anerkannt wurde, als ich im Rahmen des slowakischen Ratsvorsitzes in der Kategorie Kultur, Jugend und Sport für die Organisation der *European Days* als „MdEP des Jahres 2017“ ausgezeichnet wurde. Ich habe beschlossen, die *European Days* auch nach dem Ende meines Mandats weiterzuführen, weil ich dieses Projekt für wichtig halte.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte all jene unter Ihnen, die eine ähnliche Vision haben und an einer Zusammenarbeit im Rahmen der *European Days* interessiert sind, bitten, mit mir Kontakt aufzunehmen.
Ich möchte uns ehemalige und auch die derzeitigen MdEP zu wirklichen Botschaftern der europäischen Vielfalt und Verständigung in unseren Wahlkreisen machen. Hunderte von uns könnten als Botschafter tätig sein! Wir sollten mehr über uns selbst mitteilen – so wird Europa besser, und so entsteht gegenseitiges Verständnis!

Olga SEHNALOVA

EIN BILD SAGT MEHR ALS TAUSEND WORTE

die europäische Vielfalt erlebbar machen in den Galerien des Europäischen Parlaments

Sprechen wir von der Europäischen Union, denken wir in erster Linie an einen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der bisherigen 28 Mitgliedstaaten (Stand Februar 2019).
Die Ziele sind hehr und vertraglich und verfassungsmäßig festgehalten. Wir alle wünschen uns Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, Menschenwürde und ein Auskommen für uns und unsere Kinder.
Doch Erklärungen und Zahlen erreichen oft nicht das Herz des Bürgers. Um eine wirkliche Europäische Identität zu erreichen, braucht es auch die Ebene der Leidenschaft und Emotionen. Sie beeinflussen das menschliche Miteinander und finden ihren Ausdruck zum Beispiel in Kunstwerken aller Art. Lassen wir uns darauf ein, entdecken wir Gemeinsamkeiten und Ergänzungen zu unserer eigenen Sichtweise. Wir sprechen dann von unserer kulturellen Stärke, wenn wir dadurch auch lernen, Gegensätzliches zu akzeptieren.
Die EU also bedeutet nicht Gleichmacherei, nicht Abgrenzung, sondern souveräne Wertschätzung.
Um das sichtbar zu machen, hat das Europäische Parlament immerhin schon seit 1980 eine Kunstsammlung angelegt, auf Initiative von Simone Veil, der ersten Präsidentin des direkt

gewählten Europäischen Parlaments. Angelehnt an die Tradition nationaler Parlamente, zeitgenössische, für die nationale Kunst stehende Werke zu sammeln und auszustellen.
Die GD Comm art-collection (art@europarl.europa.eu) dazu: Bis heute hat das EP ca. 387 repräsentative Werke moderner Kunst aus den EU-Mitgliedstaaten mit Schwerpunkt auf den Werken junger, vielversprechender Künstler, die am Anfang ihrer Karriere stehen, erworben. Es hat ferner mehr als 120 Schenkungen erhalten und stellt regelmäßig zeitlich befristete Leihgaben aus. Alles nach festgelegten Kriterien natürlich.
Neuanschaffungen – hauptsächlich Gemälde und Skulpturen - werden nach dem EU-Beitritt neuer Mitgliedstaaten getätigt. Die Vorauswahl wird von den Informationsbüros des EP in den betreffenden Mitgliedstaaten nach der Konsultation mit nationalen Kunstexperten getroffen. Ausgestellt werden die Werke in den Gebäuden des EP in Brüssel, Straßburg und Luxemburg. Die Kunstkommission (Artistic Committee) des EP trifft eine Vorauswahl, assistiert durch ein spezialisiertes und breitgefächertes Beratungsgremium qualifizierter Beamte und Mitarbeiter des Präsidenten und vom Generalsekretär; der Präsident trifft die endgültige Entscheidung. Zur Kommission gehört auch unsere FMA-Quästorin Catherine Bearder, aktuelles MdEP. Sie schreibt dazu: „The collection displays how diverse the Union is and celebrates each Member State's cultural traditions whilst also showing how they intertwine the values they share." Und sie ergänzt: „I think it is important that not only people inside the building experience the value of the art collection, but also that every citizen has the opportunity to share that experience too. That is why, together with my colleagues in the administration, I am exploring new innovative ways to share the art collection digitally with the citizens and showcase Europe's art to Europe's people."
The Works of Art Service (Events Unit –DGCOMM) betont: "Currently DG Communication is in the process of dealing with the intellectual property rights for some of the Works of Art. Once these copyright issues have been resolved, the Works of Art Service will fully develop a catalogue of the whole collection."
Motivation zum Erwerb ist die Anerkennung des kulturellen Reichtums und der Stolz auf die kulturelle Vielfalt der Europäischen Union.
Kultur und Kunst als Teil der europäischen Identität: Hier wird sie sichtbar – ohne viel Worte. Die FMA hat sich jetzt nach dem Besuch des neuen „Hauses der Europäischen Geschichte" auf eine Kunst-Tour durch das EP in Brüssel begeben - der persönliche Eindruck ist nachhaltig!

Brigitte LANGENHAGEN

WIR SIND WIEDER ZURÜCK

Seit einigen Monaten öffnen sich für Griechenland mit seiner neuen, vor allem aus europafreundlichen Kräften bestehenden Regierung, neue Perspektiven!

Mein Land hat seit einigen Monaten, nämlich seit dem 7. Juli 2019, eine neue Regierung. Regierungspartei ist die Nea Dimokratia mit Kyriakos Mitsotakis als Premierminister.

Nach zehn Jahren, in denen enorme Opfer gebracht wurden, geht es endlich wieder aufwärts, dank der Kraft des griechischen Volkes, das bereit war, auch die härtesten Maßnahmen geduldig und tapfer zu ertragen.
Trotz der großen Aufgabe und der schweren Belastung, die die vielen Tausenden Migranten die sich vor allem auf den Inseln in der Ägäis aufhalten, für den griechischen Staat bedeuten, hat die Regierung Mitsotakis mit der Vorlage ihres Wideraufbauplans für das gesamte Land unserer Nation Stabilität, und zwar vor allem politische Stabilität, gebracht.
Es gibt immer noch viele Probleme. Aber wir verfügen auch über große Ressourcen. Vor allem aber fehlt es nicht an Entschlossenheit und Ideen, um die verlorene Zeit, in der wir uns von Europa und der Europäischen Union entfernt haben, wieder aufzuholen.
In nicht viel mehr als einem Monat hat die Nea Dimokratia in diesem Jahr die griechischen Parlamentswahlen gewonnen, die Europawahl und die Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene - ein nie dagewesener Erfolg!
Dies bedeutet, dass dieses Land seine Zukunft anders gestalten will, dass es sich von seiner jüngsten Vergangenheit freimachen will, in der es von Populisten regiert wurde und in der seine politische Landschaft stark polarisiert war. Diese Tendenzen sind mit den Wahlen im Juli völlig von der politischen Bühne verschwunden.
Die Nea Dimokratia und ihr Premierminister Kyriakos Mitsotakis bringen ausreichend politische Erfahrung für ihre Aufgabe mit: Mitsotakis hat in den USA studiert und entstammt einer Politikerfamilie (sein Vater Konstantinos war selbst Premierminister); Kyriakos selbst war in den schwersten Jahren der Troika-Krise Minister.
Jetzt bemüht er sich, das Land wieder in die Normalität und vor allem in die große europäische und internationale Familie zurückzuführen, nach Jahren, in denen die griechische Politik zwischen Realismus und einer unnötigen Heldenpose hin und her schwankte. Nach Jahren, die dem Land und vor allem seinen Menschen schwer geschadet haben, nach Jahren, in denen viele sehr darunter gelitten haben, dass sie keine Hilfe oder Unterstützung erfuhren.
Die neue Regierung bemüht sich, mit ihrem Plan für eine Stabilisierung der Wirtschaft und ihre Vorhaben zur Förderung von Investitionen große internationale Konzerne anzuziehen und die Glaubwürdigkeit Griechenlands, das Teil von Europa ist und sich gegenüber den Weltmärkten öffnet, zu verbessern.
Der neue Premierminister hat seine Amtszeit mit Besuchen in Paris, Berlin und Den Haag begonnen, er hat mit Emmanuel Macron, Angela Merkel und Mark Rutte gesprochen und ihnen seine Pläne für eine neue politische Ära in unserem Land dargelegt.
Das Vertrauen kehrt allmählich zurück. Nicht nur in Griechenland selbst, sondern auch und vor allem in den alten und neuen Ländern der Europäischen Union, denn in Griechenland und bei seinen Partnern wächst die Überzeugung, dass sich das Land zum Besseren verändert.
Griechenland ist mit vollen Segeln auf dem Weg zurück zu uns!

Manolis MAVROMMATIS

SMARTCITY - NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER STÄDTE UND REGIONEN DURCH DEN EINSATZ VON TECHNOLOGIE

Die nachhaltige Lebensweise der Weltbevölkerung und die Aktionen zur Verringerung der Umweltbelastung wirken sich auf die Städte aus, da es sich dabei um räumliche und menschliche Organisationen handelt, in denen sich die Weltbevölkerung aus verschiedenen Gründen organisiert, um darin zu leben. Tatsächlich wird angenommen, dass etwa 70 % der Menschen weltweit in der Nähe oder in Abhängigkeit einer Stadt leben. Deswegen sind die Städte zum Hauptakteur geworden, der unter anderem fähig ist, die Nutzung der Ressourcen zu optimieren, um weiterhin lebensfähig zu sein. Das Ziel, das die Entwicklung der Städte zu intelligenten Städten bzw. so genannten Smart Cities vorantreibt, besteht also darin, die Nachhaltigkeit der menschlichen Gesellschaft zu fördern.

Die Europäische Kommission definierte dies 2014 in ihrem Bericht „Mapping Smart Cities in the EU“ wie folgt: Eine SmartCity basiert im Wesentlichen auf dem Einsatz von Technologie (insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologien), um die Wettbewerbsfähigkeit der Städte zu verbessern und eine nachhaltigere Zukunft der Städte über eine symbiotische Verknüpfung der Netzwerke von Personen, Unternehmen, Technologien, Infrastrukturen, Verbrauch, Energie und städtischen Räumen sicherzustellen.
Auch die Europäische Kommission spricht sich in diesem Sinne aus [1], indem sie erklärt, dass das Ziel einer SmartCity darin bestehe, die verfügbaren Ressourcen effizienter zu nutzen und die Emissionen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zu verringern. Die Verbesserung der städtischen Transportnetze, die Verbesserung der Infrastrukturen für Wasserversorgung und Abfallbeseitigung und die Verbesserung der Effizienz bei der Beleuchtung und Klimatisierung von Gebäuden sind die wesentlichen Faktoren, die zum Erreichen des Ziels einer zukünftigen Nachhaltigkeit umzusetzen sind. Doch auch eine Stadtverwaltung, die interaktiver ist und sensibler auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht, die sichere öffentliche Räume zur Verfügung stellt und auf die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung eingeht, ist von wesentlicher Bedeutung.

Der Einsatz von Informationstechnologien hat zu Entscheidungen geführt, die auf sicheren Daten und nicht auf persönlichen Gefühlen oder Wahrnehmungen beruhen, wobei die Datenerfassung über die Bereitstellung des „Internet of Everything“ (IoE), das Ermitteln von Mustern nach einer Analyse umfangreicher Daten oder die Personalisierung der Dienstleistungen nach Vorlieben und Präferenzen die wesentlichen Plattformen darstellen, die ihre Bereitstellung unterstützen. Wir müssen aber auch einige Schlüsselpunkte bedenken, die uns meiner Meinung nach von den ursprünglichen Zielen entfernen:

- Erstens haben wir bei der Bereitstellung der Technologien die Menschen vergessen und wie wir deren Bedürfnissen gerecht werden. Diesbezüglich wurden Strategien aufgezeigt, wie die Menschen in den Prozess der Schaffung intelligenter Lösung einbezogen oder wie Lösungen für „Digital Natives“ und „Digital Immigrants“ bereitgestellt werden können oder wie künstliche Intelligenz die Reaktion der digitalen Lösungen besser anpassen kann, jedoch müssen wir darauf gefasst sein, basierend auf mehr oder weniger komplexen Mustern klassifiziert oder

wahrgenommen zu werden. Es wird interessant sein, festzustellen, wie die Technologie viele soziale Herausforderungen löst und lösen werden kann, während gleichzeitig die Einzigartigkeit des menschlichen Wesens berücksichtigt werden muss.

- Der zweite Punkt, der eine große Debatte auslöst, ist das Eigentum an, die Sicherheit von und die Ethik der mittels verschiedener Algorithmen künstlicher Intelligenz erfassten, gespeicherten und genutzten digitalen Daten. Bis heute haben wir auf die Fähigkeit des Menschen vertraut, sich zu verändern, sich anzupassen und sich zu verbessern, doch nun stehen wir kurz davor, uns in das zu verwandeln, was unsere Daten sagen, was wir sind, und dies mit einer Historie digitaler Aufzeichnungen, die länger ist als die früherer Generationen. Tatsächlich wachsen unsere Kinder und Jugendlichen mit einem digitalen Profil auf, das sie vom frühsten Alter an in der gesamten Welt identifiziert. Schaffen wir es, dass diese Datenquelle dazu beiträgt, den Verbrauch von Ressourcen zu verringern und die Effizienz der Städte zu verbessern, ohne dabei dem Verlangen nach Kontrolle, Einfluss und Angriff gegenüber dem Nächsten nachzugeben?
- Der letzte Punkt, über den es nachzudenken gilt, betrifft schließlich die Einzigartigkeit der Territorien. Zwar steht außer Frage, dass die Städte die wichtigsten Organisationen des Menschen sind und sein werden, die die Nachhaltigkeit der Menschheit definieren werden, dennoch sollte der Bereich, der die Städte verbindet, nicht vernachlässigt werden. So sind zum Beispiel Inseln Räume, die besondere Aufmerksamkeit benötigen werden, auch wenn sie der weltweiten Tendenz zu einer Konzentration in den Städten gleichermaßen folgen. Auf den Balearen beispielsweise verteilt sich die Bevölkerung auf der Insel unter Berücksichtigung der großen Mobilitätsinfrastrukturen. Somit beeinflussen Entscheidungen einer Stadt die Mobilität in den benachbarten Gebieten. Folglich müssten gewisse Nachhaltigkeitskonzepte auf Inseln eine weitreichendere territoriale Vision aufweisen als die auf Städte zentrierte. In beschränkteren Gebieten schaffen die Städte Netze mit wichtigen territorialen Interaktionen, die berücksichtigt werden müssen.

In Anbetracht dieser Überlegungen wird die Bildung und die Schaffung eines kollektiven ethischen Bewusstseins im Hinblick auf die digitalen Fakten wichtig sein. Einerseits, um die digitale Nutzung der Infrastrukturen, die die digitalen Städte in den nächsten Jahren in den Dienst der Bürger stellen werden, zu lehren, und andererseits, um nicht nur Benutzer von bereitgestellten Diensten zu sein, sondern sich auch der Vorteile und Risiken von diesen bewusst zu sein, damit wir weiterhin eine nachhaltige Gesellschaft sind, die nuancenreich und menschlich ist. Wenn wir beibringen, wie man Buchstaben korrekt mit einem Bleistift schreibt, warum bringen wir dann nicht auch bei, wie man die digitalen Geräte in der neuen digitalen Sprache ethisch nutzt?

Referenzen: [1] https://ec.europa.eu/info/eu-regional-and-urban-development/topics/cities-and-urban-development/city-initiatives/smart-cities_en

Dr. Bartomeu ALORDA LADARIA

BESCHÄFTIGUNG JUNGER MENSCHEN IM LÄNDLICHEN RAUM - MASSNAHMEN DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS FÜR JUNGE MENSCHEN IM LÄNDLICHEN RAUM UNGARNS

In jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union stellt sich die Herausforderung, den ländlichen Raum für junge Menschen attraktiver zu machen. Die gängige Meinung ist, dass junge Menschen nicht bereit sind, im ländlichen Raum zu bleiben oder dorthin zu ziehen, weil es dort nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Es gibt aber auch andere Faktoren, die jungen Menschen auf integriertere Weise bereitgestellt werden sollten, damit diese sich ein Leben im ländlichen Europa vorstellen können.

Bei der Bereitschaft junger Menschen, in ländliche Gebiete zu ziehen, gibt es drei Hauptfaktoren: einwandfreie öffentliche Dienste (insbesondere Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich vor allem für die künftigen Kinder junger Menschen), Wohnmöglichkeiten und natürlich Beschäftigung.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) investiert in den Mitgliedstaaten der EU seit über 60 Jahren in die Menschen. Die Europäische Kommission legt gemeinsam mit den EU-Ländern fest, auf welche Schwerpunkte sich der ESF erstrecken soll und wie die entsprechenden Mittel verwendet werden. Eine wichtige Priorität besteht darin, Menschen bei der Arbeitssuche und Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen zu helfen und Menschen aus benachteiligten Gruppen Hilfe anzubieten, es gibt aber Projekte für Bildungssysteme, Lehrer und Schulkinder sowie potenzielle Unternehmer aus allen Schichten. Menschen stehen beim ESF im Vordergrund, auch junge Menschen.

Es gibt rund 94 Mio. junge Europäer im Alter zwischen 15 und 29 Jahren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in dieser Gruppe zu sehr hoher Arbeitslosigkeit geführt. Mit der Jugendgarantie trugen alle Mitgliedstaaten im Jahr 2013 der Notwendigkeit Rechnung, sicherzustellen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten wird.

Der ESF stellt beträchtliche Mittel bereit, um dazu beizutragen, dass die Jugendgarantie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich umgesetzt wird. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Hilfe für alle junge Menschen, die derzeit weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren (NEET).

Zusätzliche Unterstützung wird über die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen geleistet. Im Rahmen dieser Initiative werden im Zeitraum 2014–2020 mindestens 8,8 Mrd. EUR für Regionen und Einzelpersonen zur Verfügung gestellt, die am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit und -inaktivität betroffen sind. Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen konzentriert sich auf NEET und Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 %.

Ungarn ist einer der Hauptbegünstigten des ESF und erhält im Zeitraum 2014–2020 Mittel in Höhe von 4,8 Mrd. EUR. Es stehen zahlreiche Instrumente zur Verfügung, um junge Menschen in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen zu helfen, vor Ort die notwendigen Bildungsangebote, Arbeitsmöglichkeiten und öffentlichen Dienste zu finden. Landesweit werden Jugendberatungsdienste für junge Menschen entwickelt, und auf lokaler Ebene

stehen ihnen viele geförderte Maßnahmen zur Gemeinschaftsbildung zur Verfügung. Außerdem gibt es Maßnahmen, im Rahmen derer Stipendien für öffentliche Ausbildungs- und Mentoring-Programme an Hochschulen vergeben werden, mit denen allen Gruppen einschließlich benachteiligter die erforderlichen Kompetenzen für die Zukunft vermittelt werden sollen.

Um auch für angemessene Wohnmöglichkeiten zu sorgen, gibt es eine Maßnahme (Esély otthon – Hope Home) für die Altersgruppe 18–35, mit der sichergestellt werden soll, dass junge Menschen nach dem Studium in ländliche Gebiete zurückkehren. Mit Finanzmitteln in Höhe von insgesamt 35 Mio. EUR umfasst diese Maßnahme sozialen Wohnungsbau, Mentoring-Aktivitäten und Schulungen für junge Menschen, die ihnen helfen sollen, in ländlichen Gebieten ihren Arbeitsplatz oder unternehmerische Möglichkeiten zu finden.

Um bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu helfen, stehen EU-Mittel in Höhe von rund 770 Mio. EUR (einschließlich 49 Mio. EUR aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen) für die Umsetzung der Jugendgarantie in Ungarn zur Verfügung. Als Ergebnis werden bis 2020 ca. 180 Tausend junge Menschen unter 25 Jahren Mentoring oder aktive arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen erhalten.

Der Europäische Sozialfonds ist nur ein Instrument von vielen unter den Maßnahmen, die im Rahmen gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Systeme zur Verfügung stehen, um den künftigen Erfolg junger Menschen im ländlichen Raum sicherzustellen. Um diese Mittel so effizient wie möglich zu nutzen, müssen wir in allen Mitgliedstaaten eine integrierte Strategie anwenden. Bei der Hilfe für junge Menschen im ländlichen Raum geht es nicht nur darum, dass sie Beschäftigung finden, sondern auch um die Sicherstellung eines Umfelds, das alle nötigen Dienstleistungen im öffentlichen und Freizeitbereich sowie alle Ausbildungs- und Wohnmöglichkeiten bietet, über die städtische Gebiete verfügen.

Zoltán BALOGH, Ph. D.

DIE ROLLE DER KLEINEN UND MITTELGROSSEN STÄDTE

Die Europäische Union ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, welche Rolle kleine und mittelgroße Städte spielen können und sollten.

Aus historischen Gründen sind in Europa und auf den anderen Kontinenten große Metropolen mit zum Teil mehreren Millionen Einwohnern entstanden. Diesen großen Metropolen muss natürlich viel Aufmerksamkeit gewidmet werden: Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, um die enormen Kosten, die sich aus Verkehrsstockungen (und damit verbundenen Verzögerungen), dem Energieverbrauch und der Umweltverschmutzung ergeben, zu bewältigen oder zumindest zu verringern (laut einer Studie der Kommission machen diese Kosten 1 % des BIP der Europäischen Union aus).

In Europa gibt es ausgezeichnete Beispiele dafür, welchen Beitrag kleine und mittelgroße Städte leisten können, die nicht durch diese Kosten belastet sind. Sie stellen somit eine Alternative dar, mit der weitere unerwünschte Bevölkerungsbewegungen in große Ballungszentren verhindert werden.

Kleinere Städte leisten einen wichtigen Beitrag zur Industrieerzeugung, denn die meisten großen Industrieunternehmen Europas haben ihren Sitz in kleinen und mittelgroßen Städten. Darüber hinaus ist besonders erwähnenswert, dass die Ranglisten der weltweit besten Universitäten zeigen, dass sich die besten Universitäten – vor allem was die Universitäten im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten angeht – fast ausnahmslos nicht in großen Metropolen, sondern in kleinen und mittelgroßen Städten (die Namen dieser Städte müssen an dieser Stelle nicht genannt werden) befinden.

Unabhängig von der Größe einer Stadt ist die Zeitersparnis bei den alltäglichen Aktivitäten von großer Bedeutung. Dank moderner Kommunikations- und Informationstechnologien ist es nicht mehr notwendig, sich zu unternehmerischen oder akademischen Zwecken in unmittelbarer Nähe zu befinden bzw. im direkten Kontakt zu stehen. Mittlerweile ist es möglich, von einer kleinen Stadt aus zum gleichen Preis und genauso schnell zu kommunizieren wie von einer großen Stadt aus. Diese Technologien ermöglichen ebenfalls den Zugang zu kulturellen Werten, sodass die Menschen in kleinen Städten nicht benachteiligt werden.

Was die wirtschaftliche Gesamtleistung angeht, so ist es interessant, dass in den drei europäischen Ländern mit den größten Zahlungsbilanzüberschüssen (die zu den größten weltweit gehören) – Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz – lediglich Berlin mehr als drei Millionen Einwohner verzeichnet (hauptsächlich aus historischen Gründen), jedoch keines der 20 größten deutschen Unternehmen in dieser Stadt seinen Sitz hat. In den Niederlanden und in der Schweiz verzeichnen in einem ausgewogenen Stadtgefüge die größten Städte weit weniger als eine Million Einwohner.

Um Alternativen zu unerwünschten Ballungen in großen Metropolen zu schaffen, ist es daher notwendig, eine Politik zur Förderung kleiner und mittelgroßer Städte zu verfolgen. Zu diesem Zweck sollten Dienste von nationalem Umfang angesiedelt (die in Europa gesammelte Erfahrung zeigt, dass nicht alle Dienste in den Hauptstädten geleistet werden müssen) und gute Verkehrsanbindungen sowie alle anderen Voraussetzungen in kleinen und mittelgroßen Städten geschaffen werden, die die Effizienz und Lebensqualität ihrer Bürger fördern. Angesichts der ökologischen Herausforderungen ist es besonders wichtig und von aktueller Bedeutung, dass die wichtigsten Flughäfen an die nationalen Eisenbahnlinien angebunden werden, sodass sie nicht nur große Metropolen, sondern auch kleine und mittelgroße Städte bedienen.

Auf diese Weise werden in einer immer anspruchsvolleren Welt, in der schwerwiegende Ineffizienzen bei der Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen inakzeptabel sind, unerwünschte Kosten verringert und mit einer angemessenen Raumplanung die Voraussetzungen für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und für die Lebensqualität der Bürger erheblich verbessert.

Manuel PORTO

WAHLBEOBACHTUNG SEIT MEHR ALS EINEM VIERTELJAHRHUNDERT: RÜCKBLICK AUF DIE BETEILIGUNG VON FRAUEN AN DEN BEOBACHTUNGSMISSIONEN DER OSZE UND AUSBLICK IN DIE ZUKUNFT

Kurz vor dem 30. Jahrestag seiner Gründung im kommenden Jahr zieht das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der derzeit 57 Teilnehmerstaaten umfassenden Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Bilanz über die Fortschritte und noch bestehenden Herausforderungen im Bereich der Gleichheit der Geschlechter bei seinen Wahlbeobachtermissionen. Das 1990 mit der Charta von Paris für ein neues Europa geschaffene BDIMR, das ursprünglich Büro für freie Wahlen hieß, setzt heute internationale Standards im Bereich der Wahlbeobachtung.

Gleichheit und Nichtdiskriminierung sind für die Arbeit des BDIMR stets zentral gewesen; dennoch begann es erst zu Beginn der 2000er-Jahre, die Frage der Gleichheit der Geschlechter systematisch zu bearbeiten und auch bei der Entsendung von Wahlbeobachtern zu beachten. Zur Wahlbeobachtungsmission anlässlich der rumänischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2000 gehörte zum ersten Mal ein Sachverständiger für Geschlechterfragen. Aufgabengebiet dieser Sachverständigen sind etwa die Erhebung von statistischen Daten über die Vertretung von Frauen auf den Wahllisten und die Zusammensetzung der Gremien auf den verschiedenen Ebenen der Wahlleitung sowie der öffentlichen Behörden auf nationaler Ebene sowie der örtlichen Gebietskörperschaften. Die Berichte befassen sich mit dem Vorgehen der Parteien bei der Förderung von weiblichen Kandidaten und insbesondere von Spitzenkandidatinnen, sowie mit den Hürden und Hindernissen für eine umfassende Beteiligung von Frauen, und enthalten Empfehlungen für Verbesserungsmaßnahmen.

Erst seit der Annahme des Aktionsplans der OSZE zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Jahr 2004 verfolgt das BDIMR einen systematischen Ansatz für die Beobachtung der Beteiligung von Frauen an Wahlen: Seitdem werden die bestehenden Regelungen durch zweijährige Aktionspläne ergänzt, die eine Aktualisierung der Normen und Maßnahmen hinsichtlich der Gleichheit zwischen Frauen und Männern und für den Umgang mit neuen Herausforderungen etwa im Bereich der Vorbeugung gegen und Bekämpfung von Sexismus und Diskriminierung enthalten.

Das BDIMR ist in vielfältiger Weise tätig, um die Beteiligung von Frauen an Wahlen zu fördern; vor allem unterbreitet es den Mitgliedstaaten in seinen Beobachtungsberichten Empfehlungen, wie sie die Rechtslage so verbessern können, dass Diskriminierung verhindert wird, es führt Maßnahmen durch, die sich an die nationalen Parlamente, die Wahlausschüsse und andere mit den Wahlen befasste Einrichtungen wenden, und es weist die Mitgliedstaaten auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in Bezug auf die vorgeschlagenen Wahlbeobachter hin.

Aus den seit 2011 vom BDIMR erhobenen statistischen Daten geht hervor, dass im Bereich der Wahlbeobachtung Fragen der Geschlechtergerechtigkeit zunehmend berücksichtigt werden. Die diesbezüglichen Empfehlungen der Wahlbeobachtermissionen beziehen sich insgesamt auf die Einführung gezielter Maßnahmen, sowohl im Bereich der Rechtsetzung als

auch hinsichtlich des Vorgehens der Parteien, die wirksamere Anwendung von Rechtsvorschriften zur Förderung von Frauen und eine neutrale Berichterstattung über die Kandidaten, die von ihrem Geschlecht unabhängig ist. Das BDIMR ist zudem stolz darauf, dass im Jahr 2018 mehr als 43 % der leitenden Funktionen im Bereich Wahlen von Frauen besetzt waren. In demselben Jahr waren 1293 von insgesamt 2937 Wahlbeobachtern Frauen. Die Kernteams des BDIMR bestehen zu 47 % aus Frauen.

Ana Rusu
Wahlberaterin
OSZE/BDIMR

DENK ICH AN GEORGIEN...

Wenn man in Georgien auf Politiker trifft, kann man sich eines Eindrucks nicht erwehren: Sie sind allesamt jung, hochgebildet, kompetent, redegewandt und mehrsprachig. Auf allen Seiten des politischen Spektrums herrscht Optimismus. Man hat das Gefühl, dass Georgien eine großartige Zukunft bevorsteht und dass die Politiker entschlossen sind, diese Zukunft wahr werden zu lassen. Diese Zuversicht spiegelt sich sogar in den Namen der wichtigsten, überwiegend prowestlichen politischen Parteien. Gegenwärtig ist die (der S&D-Fraktion zugehörige) Partei „Georgischer Traum – Demokratisches Georgien“ an der Macht. Wichtigste Oppositionsbewegung ist die (der EVP-Fraktion zugehörige) Partei „Europäisches Georgien“, eine Absplitterung der „Vereinten Nationalen Bewegung“. Bei letzterer handelt es sich um die vormalige Regierungspartei, die ursprünglich von Micheil Saakaschwili, dem *Enfant terrible* der georgischen Politik, gegründet wurde. Dem ehemaligen Staatspräsidenten Georgiens Saakaschwili wurde durch seinen Erzfeind Bidsina Iwanischwili die georgische Staatsbürgerschaft entzogen. Iwanischwili ist ein milliardenschwerer Oligarch, ehemaliger Premierminister Georgiens und Gründer der Partei „Georgischer Traum“.

Sehr große Teile der Bevölkerung unterstützen die weitere Integration Georgiens in die EU. Meinungsumfragen haben wiederholt ergeben, dass die Zustimmung der Öffentlichkeit bei über 80 % liegt. Georgien gilt mittlerweile als Spitzenreiter der langen Liste von Balkan- und Kaukasusstaaten, die um eine Mitgliedschaft in der EU und der NATO wetteifern. Die EU gibt im Gegenzug die großzügige Summe von 120 Mio. EUR jährlich in Georgien aus, welche von den gerade einmal 3,7 Mio. Einwohnern natürlich dankbar angenommen wird. Nichtsdestotrotz sind 50 % der georgischen Wirtschaft noch immer von der Landwirtschaft abhängig und es besteht ein gewaltiges Missverhältnis zwischen dem Pro-Kopf-BIP von 20 000 USD pro Jahr in der Hauptstadt Tiflis und den dürftigen 2 000 USD, die in den meisten

ländlichen Gegenden erreicht werden. Es wurden ernsthafte und von Erfolg gekrönte Anstrengungen im Kampf gegen Armut, Korruption und Wahlbetrug unternommen, und mittlerweile kann Georgien ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5 % vorweisen. Alle politischen Parteien sind sich jedoch darin einig, dass die Armut auf dem Land und im Agrarsektor ein Thema ist, das angegangen werden muss, weshalb es sich auch als eines der wichtigsten Wahlkampfthemen für die Wahlen im August 2020 abzeichnet.

Leider wird dieses überwiegend positive Bild von der dunklen Wolke russischer Aggression überschattet. Mehr als 20 % des georgischen Hoheitsgebiets sind gegenwärtig von Russland besetzt. Die Regionen Abchasien und Südossetien, die im August 2008 Schauplatz gewalttätiger Sezessionskonflikte waren, bei denen Tausende von Menschen starben und Zehntausende obdachlos wurden, sind heute praktisch Sperrgebiete. Zwar lässt Putin in Abchasien Besuche durch das UNPD in begrenztem Umfang zu, doch Südossetien ist zu einem russischen Militärlager geworden, und die von den Russen festgelegten, ungenügend definierten Demarkationslinien werden nun mit Stacheldrahtrollen blockiert und mit Militärwachtürmen bewacht. Diese illegale „Grenze“ durchschneidet Dörfer, Felder und Gärten. Für den Versuch, den Draht zu überwinden, um Freunde und Familie zu besuchen oder an Hochzeiten oder Beerdigungen teilzunehmen, werden Georgier regelmäßig verhaftet, vor Gericht gestellt und mit Bußgeldern belegt.

Während des Krieges im Jahr 2008 waren Hunderttausende zur Flucht gezwungen. Abchasien zählte einmal 560 000 Einwohner. Jetzt ist diese Zahl auf 160 000 geschrumpft. Auch Südossetiens Einwohnerzahl hat sich drastisch reduziert, von 120 000 Einwohnern vor dem Krieg auf nunmehr lediglich 20 000 Einwohner. Nach Aussage von Ministern der georgischen Regierung sind Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Meinungsfreiheit und umfassende Diskriminierung in den beiden besetzten Gebieten an der Tagesordnung; den Kindern der in den besetzten Gebieten verbliebenen Menschen wird selbst der Unterricht in ihrer Muttersprache Georgisch verwehrt. Dutzende georgischer Dörfer, besonders in Südossetien, wurden durch die von Russland unterstützten Separatisten vollständig zerstört. Ethnische Säuberungen zwangen Hunderttausende Menschen zur Flucht. Diese Binnenvertriebenen sind jetzt in Lagern untergebracht, die sich nahe der Demarkationslinie zu Abchasien und Südossetien erstrecken. Nach Aussage georgischer Politiker leben diese Menschen seit elf Jahren in einem Zustand der Abhängigkeit; infolge des gewaltsamen Konflikts leiden sie noch immer unter posttraumatischem Stress. Sie können nicht in ihre Heimat zurückkehren und integrieren sich nur zögerlich in die georgische Gesellschaft. Der EU-Beobachtermission (EUMM), einem unbewaffneten Friedenssicherungseinsatz mit mehreren Hundert Beobachtern aus unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten, kommt die schwierige Aufgabe zu, diese angespannte Lage im Auge zu behalten. Die EUMM arbeitet mit einem jährlichen Budget von ungefähr 18 Mio. EUR. Ihr Hauptquartier befindet sich in der Stadt Gori, die ironischerweise die Geburtsstadt von Stalin ist.

Eine Lösung für die Pattsituation mit Russland finden, auf die Drohungen von Saakaschwili reagieren, der von seinem jetzigen Wohnsitz in der Ukraine aus verkündet, nach Georgien zurückkehren zu wollen, wo ihm die sofortige Verhaftung droht, auf Behauptungen eingehen,

wonach der Oligarch Iwanischwili in Georgien die demokratischen Fäden in der Hand hält, und eine neue und radikale Wahlrechtsreform einführen, durch die die uneingeschränkte Anwendung des Verhältniswahlrechts bei den nächsten Wahlen sichergestellt ist – dies sind nur einige der Herausforderungen, vor denen die georgische Regierung und ihre neu gewählte Präsidentin Salome Surabischwili, eine ehemalige Grüne und die erste Frau in diesem Amt, stehen. Doch Georgien hat in der Vergangenheit schon größere Herausforderungen gemeistert. Es wurde von Mongolen, Römern, Persern, Türken und Russen kolonisiert; selbst Iason und die Argonauten fuhren 2000 v. Chr. auf der Suche nach dem legendären Goldenen Vlies nach Georgien.

Georgien ist die „Wiege des Weins“. Antike Amphoren, die für die Weinherstellung benutzt wurden, stammen aus dem Jahre 8000 v. Chr. Heutzutage wird Wein hauptsächlich in der wunderschönen Region Kachetien an den Hängen des Kaukasus angebaut und ist unter Kennern auf der ganzen Welt heiß begehrt. Mit einem Glas des kräftigen, aus den Trauben der seltenen und gerühmten Usakhelouri-Rebe hergestellten, dunkel-rubinroten georgischen Weins in der einen und einem Exemplar des legendenumwobenen gemeinschaftlichen Besitzstands oder einem Regelwerk in der anderen Hand dürfte es schwerfallen, die Gesuche der Georgier um eine Mitgliedschaft in der EU und in der NATO zu ignorieren. Um es mit dem georgischen Trinkspruch zu sagen: „Gaumarjos“!

Struan STEVENSON

GEORGIEN AUF DEM WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT

Georgien ist eine sehr junge und gleichzeitig eine sehr alte Nation. Die lange Geschichte unseres Landes hat die georgische Mentalität geprägt. Im Schulunterricht erfahren wir von den Beziehungen unserer Vorfahren zum Griechenland und Rom der Antike, zu den Arabern und zu Byzanz, und jeder Georgier ist sich der Tatsache bewusst, dass sein Land zu den ersten Staaten gehörte, in denen das Christentum Staatsreligion wurde; ebenso weiß jeder von uns um das Goldene Zeitalter unserer Nation im 11. und 12. Jahrhundert. Wir wissen jedoch auch, dass das Land nach dieser Zeit zerfiel und das heutige Staatsgebiet Georgiens erst unter dem russischen Zaren erneut wiedervereinigt wurde.

Mit dem kurzen Zwischenspiel als unabhängiger Staat 1918-1921 verankerte sich die Vorstellung, dass Georgien unbedingt seine staatliche Unabhängigkeit erlangen müsse. Es fehlte jedoch an entsprechenden politischen und institutionellen Traditionen, die erst während des Niedergangs der Sowjetunion in den späten 1980er-Jahren allmählich entstanden. Parteien, unabhängige Medien und echte Interessenvertretungen (damals war

der Begriff „nichtstaatliche Organisation“ bzw. „NGO“ noch unbekannt) wurden gegründet. Die ersten Wahlen, zu denen mehrere Parteien zugelassen waren, fanden im Oktober 1990 statt. Sechs Monate danach erklärte sich Georgien zu einem unabhängigen Staat. Neue staatliche Institutionen nahmen Gestalt an; allerdings entstanden sie auf der Grundlage der Sozialistischen Sowjetrepublik Georgien, die ein Teil der Sowjetunion gewesen war. In jenen Jahren sah sich das Land in seiner Entwicklung immer wieder großen Problemen gegenüber, so dass seine Geschichte dramatischer verlief als die wohl jeder anderen ehemaligen Sowjetrepublik.
Das neue Georgien wurde in der Zeit von Perestroika und Glasnost geboren, den ab 1985 unternommenen und letztlich verhängnisvollen Bemühungen des letzten Anführers der Sowjetunion, Michail Gorbatschows, die vom Kreml angeführten Herrschaftsstrukturen zu liberalisieren. Die zwangsläufigen Spannungen mit der kommunistischen Führung Georgiens kulminierten am frühen Morgen des 9. April 1989 in tragischer Weise, als die sowjetische Armee eine große Unabhängigkeitsdemonstration auflöste und 20 Personen, unter ihnen vor allem junge Frauen, getötet wurden. Dieses tragische Ereignis versetzte dem kommunistischen Regime in Georgien den moralischen Todesstoß: Seine Legitimität war endgültig verloren. Die von Moskau eingesetzte Führung blieb noch für weitere anderthalb Jahre formal an der Macht, doch war sie nicht mehr in der Lage, ihre Politik durchzusetzen. Auch der Kreml verlor zunehmend die Kontrolle über Georgien.

Die Wahl im Oktober 1990 brachte einen Erdrutschsieg für den Antikommunisten Swiad Gamsachurdia. Nationalismus und Demokratie waren die vorherrschenden politischen Ideen jener Tage. Die Schaffung stabiler politischer Institutionen stieß in dieser Zeit immer wieder auf große Schwierigkeiten, vor allem aufgrund der Konflikte unter den politischen Gruppierungen und zwischen den verschiedenen Volksgruppen. Oberflächlich betrachtet ging es um taktische Fragen, tatsächlich aber um Persönlichkeiten und ihre Ambitionen. Gamsachurdia war die charismatischste dieser Führungspersönlichkeiten. Er konnte sich auf große Zustimmung in der Bevölkerung stützen, wurde jedoch bald beschuldigt, zu autoritär zu sein. Viele der führenden Politiker waren nicht imstande, Kompromisse zu schließen, und sie betrachteten einander bald als Feinde und nicht als Mitbewerber im politischen Wettstreit.
Die Probleme bei der Schaffung eines pluralistischen politischen Systems wurden durch ethnisch-territoriale Konflikte noch verschärft. Gleichzeitig mit dem georgischen Nationalismus entstanden gegenläufige nationalistische Ideen in den autonomen Regionen Abchasien und Südossetien. Die georgische Gesellschaft hat deutlich gemacht, dass sie ein demokratisches System wünscht und nicht mehr bereit ist, eine autokratische Herrschaft zu tolerieren. Doch gelang es auch nach mehreren Versuchen, die staatlichen Strukturen umzugestalten, nicht, stabile demokratische Institutionen zu schaffen. Georgien steht erst am Anfang eines langen Weges.

*) Dieser Abriss beruht auf einer Studie des „The Netherlands Institute for Multiparty Democracy“ (Niederländisches Institut für pluralistische Demokratie) aus dem Jahr 2005. Der Verfasser war Vorsitzender des Beirats des Instituts.

Jan-Willem BERTENS

DIE EUROPÄISCHE UNION IST IN DEN AUGEN VIELER EIN PARADIES AUF ERDEN

Es ist eine besondere Gelegenheit, ein Land im Rahmen eines Informationsbesuchs der Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments kennenzulernen. Georgien wurde 1921 von der Roten Armee besetzt und 1922 der Sowjetunion angegliedert und am 9. April 1991 unabhängig. Es befand sich mehrfach im Krieg mit Russland und auch heute gibt es noch einen Konflikt um die Besetzung Südossetiens und Abchasiens. In Georgien leben rund 800 000 Einwanderer und 3,5 Mio. Staatsbürger. In der Hauptstadt Tiflis leben eine Millionen Menschen. Nach dem das Land seine Unabhängigkeit erlangt hatte, kam es immer wieder zu Phasen mit Unruhen, insbesondere im Zusammenhang mit den Wahlen. Das Land verfügt über eine vielfältige Architektur. Es gibt große Unterschiede zwischen Arm und Reich. Georgien gilt weltweit als Ursprungsland des Weinanbaus und hier wurden auch Amphoren aus Ton entwickelt. Der Überlieferung nach hat Prometheus den Menschen im Kaukasus das Feuer gebracht.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die EU und die NATO und spricht sich für den Beitritt Georgiens aus. Im Gegenzug fördert auch die EU die Integration durch eine finanzielle Unterstützung in Höhe 120 Mio. EUR. Das Wirtschaftswachstum beträgt 4,7 %, die Inflation etwa 3 %. Chancen eröffnen sich den Georgiern in bereits lang etablierten Sektoren, wie der Möbelindustrie und auch in der militärischen Luftfahrtindustrie. Die günstigen klimatischen Bedingungen sind optimal für die Entwicklung einer ganzjährigen lokalen Nahrungsmittelproduktion, die auch die Grundlage für die Entwicklung des gastronomischen Tourismus bildet. Seit der Unabhängigkeit nimmt auch der Anteil des Tourismus zu. Ein interessantes, mit EU-Mitteln gefördertes Projekt ist die Entwicklung des Wandertourismus im Kaukasus, einem Gebiet, das aufgrund seiner Artenvielfalt unter Schutz steht.

Die Regierung engagiert sich für eine Entwicklung des Landes hin zur schrittweisen Einführung europäischer Standards. Regierungspartei und Opposition sind sich in zwei Punkten einig: Sie stehen hinter der Integration mit der EU und der NATO und befürworten eine friedliche Lösung des Konflikts mit Russland. Sie haben bereits ein Integrationsabkommen und ein Handelsabkommen mit der EU geschlossen. Im Entwicklungsbereich tritt Georgien gegenüber Aserbaidschan, der Ukraine, Armenien und der Republik Moldau als regionale Führungsmacht auf.

Als die autonomen Provinzen Abchasien und Südossetien im August 2008 ihre Unabhängigkeit erklärten, wurden sie lediglich von Russland anerkannt und innerhalb weniger Tage von ihm besetzt. Der damalige Präsident des Europäischen Rates, Nicolas Sarkozy, konnte sich mit Russland auf ein Friedensabkommen und die Aufnahme der Tätigkeit der Europäischen Friedensmission (www.eumm.eu) einigen. Die derzeit 300 Mitglieder der Mission helfen Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Auch nach elf Jahren sind keine Fortschritte zwischen Russland und Georgien zu erkennen.

Im Jahr 2018 wurde Salome Surabischwili, die in Frankreich als Kind georgischer Eltern geboren wurde und Jahre nach ihrem Studium und einer erfolgreichen Laufbahn nach Georgien zurückkehrte, zur Präsidentin des Landes gewählt. Die Partei Georgischer Traum, die die Mehrheit im Parlament stellt, beherrscht das politische Geschehen. Das Parlament zählt 150 Abgeordnete, von denen 115 der Regierungspartei angehören. Frauen sind nur in sehr geringem Maß vertreten.
Georgischer Traum ist einer der Beobachter bei der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, wird aber auch von Bidsina Iwanischwili geführt, dem reichsten Georgier, dessen Vermögen auf 30 % des BIP, also wohl etwa 4 Mrd. Euro, geschätzt wird. Die als Beobachterin bei der Fraktion der Europäischen Volkspartei vertretene Opposition ist zahlenmäßig klein und äußert sich sehr kritisch. So verweist sie auf die Schließung von Fernsehsendern, die den Standpunkt der Opposition wiedergeben, sowie auf richterliche Befangenheit und Korruption. Der Regierung wird vorgeworfen, dass sie dem Einfluss von Iwanischwili unterliegt, der nicht gewählt wurde, jedoch Vorsitzender der Partei Georgischer Traum ist. Für weitere Spannungen sorgen auch die geplante Änderung des Wahlsystems und die 2020 anstehenden Parlamentswahlen.

Unsere Delegation wurde sehr herzlich empfangen; die Gastfreundschaft der Georgier übertraf die Erwartungen. Mich persönlich hat betroffen gemacht, dass Kinder auf beiden Seiten der Grenzen der besetzten Gebiete keinen Zugang zu Bildung haben. Die Welt ist für ein solches Unrecht viel zu lange unempfänglich geblieben!

Zofija MAZEJ KUKOVIČ

WIR BRAUCHEN EINE NEUE KONFERENZ VON HELSINKI ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

Europa hat als Teil der Eurasischen Platte keine genau abgesteckten Grenzen, weder zu Asien noch zu Afrika. Nach zwei Weltkriegen, von denen Nationen weltweit betroffen waren, regte sich in vielen Teilen Europas Protest: „Nie wieder“.
Der Aufruf „Nie wieder“ war Ausgangspunkt für eines der innovativsten politischen Gebilde in der Geschichte der Menschheit, für die Europäische Union. Sie selbst stützt sich auf den Grundsatz der souveränen Gleichheit all ihrer Mitgliedstaaten, ist jedoch bestrebt, einen Prozess der „Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ einzuleiten. Von außen her betrachtet, wird die EU weitgehend als Region in der Welt wahrgenommen, in der die Menschenrechte und die Grundfreiheiten sowie soziale Rechte optimal gewahrt werden.

In diesem Teil der Welt wird die EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, der Republik Moldau, der Ukraine und selbstverständlich mit Georgien verbunden.
Georgien und die EU haben ferner ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Die wichtigste handelspolitische Komponente dieses Assoziationsabkommens stellt seit 2014 die vertiefte und umfassende Freihandelszone dar. In deren Rahmen wurden sämtliche Einfuhrzölle für Waren aufgehoben, und es wird ein weitreichender gegenseitiger Zugang zum Handel mit Dienstleistungen vorgesehen.
Dank dieser umfassenden Zusammenarbeit ist die EU nunmehr größter Handelspartner Georgiens, auch wenn sie bei landwirtschaftlichen Ausfuhren unbürokratischer vorgehen sollte.
Darüber hinaus gewährt die EU Georgien finanziellen Beistand. Im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments sind für Georgien im Zeitraum 2017–2020 Mittel in Höhe von bis zu 450 Mio. EUR vorgesehen.
Der sog. Schengen-Raum, der als Experiment begann und heute den freien Personenverkehr in 26 Staaten ermöglicht, wurde von den Bürgern europaweit als durchschlagender Erfolg wahrgenommen. Im Zuge der Migrationskrise und der Terroranschläge in vielen europäischen Ländern hinterfragten einige Politiker die Freizügigkeit im Schengen-Raum. Zur Aufhebung der Freizügigkeit müssten sich die Mitgliedstaaten jedoch darauf einigen, den EU-Vertrag gemäß Artikel 7 EUV zu ändern.
Seit April 2017 können georgische Staatsangehörige mit biometrischen Pässen visumfrei in den Schengen-Raum reisen; dies gilt für Aufenthalte bis zu 90 Tagen je Zeitraum von 180 Tagen.
Im ersten Jahr nahmen über 250 000 georgische Staatsangehörige die visafreie Einreise in den Schengen-Raum in Anspruch.
Ferner kann die Union hilfreich sein. Während der Vorkommnisse in Ossetien 2008 konnte der französische Präsident Nicolas Sarkozy in seiner Eigenschaft als Präsident des EU-Rates eine Waffenruhe zwischen Georgien und Russland aushandeln. Allerdings konnte die Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien bis jetzt lediglich dazu beitragen, neue Zwischenfälle zu verhindern, nicht jedoch das Problem zu lösen.
Vor der großen EU-Erweiterungsrunde im Jahr 2004 lautete die politische Losung „zuerst Vertiefung, dann Erweiterung“. Jedoch wurde es versäumt, die Verträge anzupassen, um ein reibungsloseres Funktionieren der europäischen Organe zu ermöglichen. Weder mit dem Vertrag von Nizza noch mit dem Vertrag von Lissabon wurde dieses Ziel erreicht.
Wir brauchen institutionelle Reformen, eine zahlenmäßig kleinere, doch durchsetzungsfähigere Kommission und eine bessere Entscheidungsfindung im Rat, ohne dass im Bereich der Außenpolitik weiterhin Vetos eingelegt werden.
Der Brexit stellt einen heilsamen Schock für viele Europagegner sowohl von der extremen Rechten als auch von der extremen Linken dar. Selbst in Frankreich rückte die extreme Rechte bereits von ihrer Forderung nach einem Austritt aus dem Euro ab.
Es bleibt zu hoffen, dass durch die Lehren, die Europa aus dem Brexit zieht, künftig der Weg für eine institutionelle Reform geebnet wird.

Bevor sich die europäischen Organe nicht an die Bedürfnisse einer viel größeren Union angepasst haben werden, dürfte es in absehbarer Zukunft mit ziemlicher Sicherheit keine neuen Erweiterungen geben.
Für die zahlreichen beitrittswilligen europäischen Länder sind dies keine erfreulichen Nachrichten. Sie werden noch warten müssen, auch Georgien.
Persönlich bin ich davon überzeugt, dass wir ein „gemeinsames Haus“ brauchen, wie es die von Gorbatschow geprägte Metapher besagt. Die EU darf keine geschlossene Vereinigung sein, sie muss vielmehr für alle Kandidatenländer, die es ernst meinen und die demokratischen Kriterien erfüllen, offenstehen. Doch bevor wir unser derzeitiges Haus in welcher Art und Weise auch immer erweitern, müssen wir zuerst die Fundamente stärken. Und vor allem brauchen wir neue Regelungen zur Finanzierung der EU. Die EU-Haushaltsmittel machen weniger als 1 Prozentpunkt des Gesamt-BIP der 28 Mitgliedstaaten aus, was lächerlich gering ist. Die US-Haushaltsmittel belaufen sich auf etwa 30 % des BIP des Landes. Die Haushaltsmittel in der Bundesrepublik liegen bei etwa 40 % des deutschen BIP. Selbst die Haushaltsmittel der Schweizerischen Eidgenossenschaft machen rund 20 % des BIP aus.
Ohne eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland werden die Europäische Union und alle anderen unabhängigen Staaten unserer Region nicht in der Lage sein, die vielen Konflikte zu lösen, die ihren Ursprung im Zusammenbruch der Sowjetunion haben.
Eine Rückkehr zum „Status quo ante“ ist weder möglich noch wünschenswert. Nur bei einem neuen Gleichgewicht kann sich die erwünschte friedliche Entwicklung unserer Region vollziehen. Die Sicherheitsinteressen aller europäischen Nationen müssen gewährleistet werden.
Wir brauchen eine neue Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.
Und wir müssen uns an die Worte George Kennans erinnern – einer der herausragendsten Diplomaten, die die USA je hervorgebracht haben.
Kennan schrieb im Jahr 1985, dass Nationen die Gültigkeit und Rechtmäßigkeit machtpolitischer Realitäten und Ambitionen anerkennen und hinnehmen müssen, ohne sich dabei berufen zu fühlen, ein Werturteil darüber zu fällen, dass sie diese Realitäten und Ambitionen als gegeben und unabänderlich ansehen müssen, die weder gut noch schlecht sind, und dass sie dabei auf das größtmögliche Gleichgewicht bedacht sein sollten, anstatt diese Realitäten und Ambitionen wandeln oder unterdrücken zu wollen.

Robert GOEBBELS

„TRÄUME, ALBTRÄUME UND EINE GESCHICHTE VON ZWEI MÄNNERN NAMENS BORIS“

Boris Iwanischwili war in Russland zu Zeiten der Privatisierungswelle ein erfolgreicher Oligarch. Als er in sein Heimatland Georgien zurückkehrte, träumte er davon, in die Politik zu gehen. Er gründete die Partei „Georgischer Traum“ und wurde Premierminister von Georgien. Während er in Russland unter dem Namen Boris bekannt geworden war, verwendete er in Georgien wieder seinen eigentlichen georgischen Namen Bidsina. Er gründete die Partei „Georgischer Traum“ und wurde deren Vorsitzender. 2012 gewann er mit dieser neuen Partei die Wahlen.

Im Oktober 2012 wurde er Premierminister von Georgien, gab das Amt im November 2013 allerdings auf und zog sich ins Privatleben zurück. Inzwischen ist er als Vorsitzender seiner Partei wieder politisch aktiv.

In der Liste der *Forbes*-Milliardäre wurde Iwanischwili mit einem geschätzten Vermögen von 6,4 Mrd. Dollar auf Platz 153 geführt – er ist also der reichste Georgier und eine einflussreiche, umstrittene Persönlichkeit des politischen Lebens Georgiens.

Auf unserer Reise durch Georgien folgte uns darüber hinaus ein ganz anderer Boris auf Schritt und Tritt: Tag für Tag sprachen uns unsere Gastgeber auf Boris Johnson an, den Premierminister des Vereinigten Königreichs, auf den Brexit und auf die Entscheidung, das Land aus der Europäischen Union herauszuführen.

Die vier mitreisenden ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments aus dem Vereinigten Königreich – drei Konservative und ein Labour-Mitglied – waren sich darin einig, dass der Brexit Wahnsinn ist und ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU unter Boris Johnson einem Albtraum gleicht.

Ironischerweise wollen Georgien und der einflussreiche Vorsitzende der Regierungspartei „Georgischer Traum“ unbedingt der EU beitreten, während das Vereinigte Königreich das genaue Gegenteil anstrebt und der Premierminister das Land aus der EU herausführt.

Den Namen Boris ließ der Vorsitzende des Georgischen Traums hinter sich, als er Russland verließ und nach Georgien zurückkehrte. Der aktuelle Premierminister des Vereinigten Königreichs wurde als Kind Alex genannt: Seinen Zweitnamen verwendet er erst seit seiner Zeit in der renommierten Privatschule Eton College.

Iwanischwili residiert inzwischen in einem luxuriösen Palast mit Blick auf die georgische Hauptstadt Tiflis, auf dessen Gelände Skulpturen von Henry Moore bewundert werden können. Auch einen Helikopterlandeplatz und ein Freiluftschwimmbecken hat er anlegen lassen. Er ist Vater von vier Kindern, darunter Sohn Bera, der in Georgien als Rapper einen Namen hat.

Boris Johnson ist Absolvent des Eton College, aus dem bereits 20 Premierminister des Vereinigten Königreichs hervorgegangen sind. Auch Prinz William und Prinz Harry, die Enkelsöhne von Königin Elisabeth II., und sogar der derzeitige Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, sind in Eton zur Schule gegangen.

Johnsons Bruder Joseph sitzt ebenfalls für die Konservativen im Parlament und wird im Leitfaden des Zeitungshauses *Times Newspapers* zum britischen Unterhaus als „umgänglicher und vernünftiger als sein älterer Bruder Boris“ beschrieben; seine Schwester Rachel ist

Journalistin und kandidierte 2019 bei der Wahl zum Europäischen Parlament für die Anti-Brexit-Partei *Change UK*.
Interessant ist, dass der Parteivorsitzende des „Georgischen Traums“ sein Vermögen zwar in Russland gemacht hat – damals noch unter dem Namen Boris Iwanischwili –, inzwischen aber Georgien gen Westen und in die Europäische Union führen will.
Boris Johnson war Schüler der Europäischen Schule in Brüssel und arbeitete als Journalist in Brüssel. Sein Vater Stanley war Mitglied des Europäischen Parlaments und auch für die Europäische Kommission tätig. Und nun will Boris erreichen, dass das Vereinigte Königreich alle Verbindungen zu Brüssel und zur Europäischen Union kappt.
International sind neuerdings politische Rüpel an der Macht – etwa Trump in den USA, Putin in Russland und Erdoğan in der Türkei. In Europa hingegen haben wir es mit einer Geschichte von zwei Männern namens Boris zu tun und mit Träumen und Albträumen.

Michael McGOWAN

GEORGIEN: EU ODER NATO?

Der Besuch des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments in Georgien vom 29.9. bis 4.10.2019 brachte interessante Informationen – auch für mich, der ich die Entwicklung des Landes seit 1993 verfolgt und viel über das Land geschrieben habe.

Die Partei „Georgischer Traum“, die seit 2012/2013 an der Macht ist, verfolgt in Bezug auf Russland einen pragmatischen Ansatz, der unter anderem dazu geführt hat, dass die georgischen Wein- und Mineralwasserausfuhren nach Norden, die aufgrund der antirussischen Haltung des Saakaschwili-Regimes zum Erliegen gekommen waren, wiederaufgenommen wurden. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass Georgien noch immer ein langer Weg hin zu einer stabilen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bevorsteht. Auch bei einem Treffen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit georgischen NRO wurde deutlich, dass die Kritik von Volksvertretern am GT-Regime durchaus berechtigt ist.

Das Vorgehen des georgischen Justizsystems gegen das Saakaschwili-Regime hat einige EU-Vertreter irritiert. So wurden zahlreiche Personen, darunter der ehemalige Innenminister Wano Merabischwili, zu Haftstrafen verurteilt, während nach dem ehemaligen Präsidenten Saakaschwili gefahndet wird. Der damalige schwedische Außenminister Carl Bildt stand an der Spitze der Kritik am GT-Regime. So warf er Georgien unter anderem am 6. August 2014 vor, den europäischen Weg zu verlassen, indem es das Justizsystem nutze, um Rache zu nehmen. Ministerpräsident Irakli Gharibaschwili wies Bildts Vorwurf zurück, da dieser Mitglied des „Saakaschwili-Fanclubs“ sei. Justizministerin Tea Tsulukiani antwortete mit einer Auflistung der gegen Saakaschwili erhobenen Anklagepunkte. Bildts Reaktion darauf konnte man als Drohung verstehen: Wenn der Premierminister nicht auf die besten Freunde seines

Landes hören wolle, so sei dies seine Wahl. Man habe dies jedenfalls zur Kenntnis genommen. Beim Treffen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Tea Tsulukiani (nach wie vor Justizministerin) bestätigte sie, dass sie Bildts Tweet als Drohung verstanden habe. Eine Drohung von wem? Von Seiten der EU? Die Wahrheit ist, dass Bildt nicht einmal die schwedische Regierung hinter sich hatte. Er hat der Politik inzwischen den Rücken gekehrt, seine private Vendetta hätte jedoch die Beziehungen zwischen Georgien und der EU beeinträchtigen können.

Die georgischen Vertreter sprachen über die EU und die NATO als unterschiedliche Teile ein- und derselben Organisation. Ich habe darauf als Vertreter eines der sechs EU-Mitgliedstaaten reagiert, die nicht Mitglied der NATO sind. Ich sehe die EU so, dass es eine Mehrheit gibt, die sich eine unabhängigere europäische Identität wünscht und Tendenzen, die EU als einen Anhang der NATO zu betrachten, ablehnt. Darüber hinaus kann Georgien möglicherweise von anderen bündnisfreien EU-Mitgliedstaaten wie Finnland und Schweden lernen. 1991 lehnte der finnische Staatspräsident Mauno Koivisto ein Angebot des russischen Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin ab, Karelien (das Russland 1940 erobert hatte) für 15 Mrd. USD zurückzukaufen: Der Wiederaufbau wäre mit 65 Mrd. USD zu teuer gewesen. Nachdem Finnland 1809 an Russland abgetreten werden musste,

beschloss Schweden, nicht auf eine Rückeroberung im eigentlichen Sinne zu setzen, sondern, wie es der Dichter Esaias Tegnér formulierte, „Finnland innerhalb der Grenzen Schwedens zurückzuerobern“. Finnland führte seinen Befreiungskampf gegen Russland, nicht gegen Schweden, was ein Grund dafür ist, dass Finnland und Schweden heute die engsten Verbündeten sind.

Durch einen Besuch bei der EUMM in Gori wurde die Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments daran erinnert, dass die EU in der Region als selbständige Kraft auftritt. Wenn andere internationale Organisationen ausfallen, kann die EU einen Beitrag zum friedlichen Alltagsleben in einem umstrittenen Gebiet leisten. Das erfüllt ein ehemaliges MdEP mit Stolz darauf, die friedliche und nicht-militärische EU zu vertreten.

Per GAHRTON

BESUCH BEI DER JUSTIZMINISTERIN UND IN EINER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT

Am 1. Oktober stattete unsere Delegation der Justizministerin von Georgien, Thea Tsulukiani, einen Besuch ab. Sie gehört dem Parteienbündnis Georgischer Traum – Demokratisches Georgien an, dessen Vorsitzender der Milliardär Bidsina Iwanischwili ist. Sie ist ebenfalls der Auffassung, dass ist die russische Besetzung von Abchasien und Südossetien die größte

Herausforderung ihres Landes sei. Zu den wichtigsten Aufgaben der Ministerin zählen die Reform des Justizsystems und die Anpassung des Grundgesetzes. Die Staatsanwaltschaft hat einen autonomen Status erhalten und untersteht nicht länger dem Justizministerium. Die Richter werden von der rechtsprechenden Gewalt eingesetzt und nicht mehr von Politikern. Zudem stimmte das Parlament einer Änderung des Grundgesetzes zu, durch die das Wahlsystem einfacher und gerechter wird. Bislang bieten das „Mischsystem“ mit Wahllisten und einem Wahlsystem auf Ebene der Bezirke einen einseitigen Vorteil für die Partei Georgischer Traum. Darüber hinaus wird der Präsident ab 2024 direkt gewählt und verfügt dann über weniger Macht als jetzt.

Die Ministerin war sich des schlechten Rufes ihres Landes in Sachen Korruption bewusst. Sie hat eine Spezialeinheit ins Leben gerufen, die missbräuchliche Praktiken an allen Fronten bekämpfen soll. Vor allem in den unteren Gesellschaftsschichten wurden bereits wichtige Ergebnisse erzielt. Auf unsere Frage, ob der Parteivorsitzende Iwanischwili ihre Politik bestimme, antwortete sie, dass sie in ihrer siebenjährigen Amtszeit als Ministerin nie auch nur eine Anweisung von ihm erhalten habe.

Während des Gesprächs erkundigte ich mich nach der Situation in den Justizvollzugsanstalten. Am Ende fragte mich die Ministerin, ob ich mir eine Justizvollzugsanstalt ansehen wolle. Nun, das wollte ich gewiss. Am Freitagmorgen wurde ich gemeinsam mit Jan Mulder in einem Wagen des Justizministeriums zum größten Gefängnis von Tiflis gefahren. Auch die Ministerin höchstpersönlich war gekommen, um uns zu begleiten. In der Einrichtung sind 3000 Insassen untergebracht. Wir besuchten den Trakt der Schwerverbrecher, die eine lebenslange Haftstrafe verbüßen. Dort war gerade ein Experiment angelaufen, bei dem die Verurteilten täglich sechs Stunden lang in einem Gemüsegarten arbeiteten. Die Teilnehmer des Experiments waren sieben Männer. Sie schienen froh zu sein, nach draußen zu dürfen, und sie erzählten uns, dass die Arbeit nicht allzu schwer sei. In den Blöcken für Insassen mit zeitlich begrenzten Haftstrafen wurden Resozialisierungsprogramme geschaffen.

Jan Mulder und ich führten später – ohne die Ministerin – ein Gespräch mit einem Insassen, der zu 18 Jahren Haft verurteilt worden war. Er bezeichnete die Zustände im Gefängnis als „mittelalterlich“. In den kleinen Zellen würden sechs Gefangene untergebracht, die Tag und Nacht gemeinsam eingeschlossen seien. Beim Bau des Gefängnisses vor acht Jahren sei kein Außenbereich für den Hofgang vorgesehen gewesen! Die Toiletten würden nicht gereinigt und Duschen sei nur zweimal pro Woche möglich. Das Leben im Gefängnis sei erniedrigend. Unser Gesprächspartner beteuerte seine Unschuld. Ihm zufolge seien die Richter korrupt und Freisprüche gegen Zahlung hoher Beträge möglich, doch dafür habe er nicht genug Geld. Seine Familie besuche ihn einmal im Jahr ...

Wir konfrontierten die Ministerien mit diesen Aussagen und sie erklärte, dass sie intensiv an Reformen der Gefängnisse arbeite, dies jedoch Zeit und Geld koste. Es habe sich schon viel gebessert. Früher seien die Insassen von den Aufsehern systematisch gefoltert worden. Sie sei daher sehr dankbar für die Unterstützung der EU bei den Reformen des georgischen Justizapparats. „Wir gehören zu Europa“.

Bob VAN DEN BOS

10 JAHRE ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT, ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN IN DER REGION

Der zehnte Jahrestag der Östlichen Partnerschaft bietet eine gute Gelegenheit, um diese Zusammenarbeit zu bewerten und um zu analysieren, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln sollte. Die Partnerschaft hat dazu geführt, dass die Beziehungen der EU mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine durch die Unterzeichnung mehrerer Abkommen gestärkt werden konnten. Ratspräsident Donald Tusk erklärte beim feierlichen Abendessen zur Feier des 10-jährigen Bestehens der Östlichen Partnerschaft: „Es bedeutet, dass nach zehn Jahren mehr von Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine in der EU zu finden ist, und ich glaube, dass in Ihren Länder heute mehr von der EU zu erkennen ist als jemals zuvor. Wir sind nicht nur Nachbarn – wir sind Teil derselben europäischen Familie.“ Jede Familie muss sich Gedanken über ihre Zukunft machen, deshalb würde ich mich gerne mit den Herausforderungen befassen, vor denen die Östliche Partnerschaft steht.

Sowohl die EU als auch die Länder der Östlichen Partnerschaft streben nach Stabilität und wollen die eigene Sicherheit gewährleisten. Dies ist ganz natürlich und steht im Einklang mit der Staatsräson. In diesem Zusammenhang hängt die Zukunft der Region in großem Maße davon ab, wie gut Konfliktsituationen gelöst werden können, die leider in den meisten Ländern der Östlichen Partnerschaft auftreten: Donbass und Krim, Abchasien und Südossetien, Bergkarabach und Transnistrien. Eine relativ neue Herausforderung liegt in hybriden Bedrohungen, die wirksam abgewehrt werden müssen. Die EU verfügt in diesem Bereich über einige Möglichkeiten, zum Beispiel kann sie Länder der Östlichen Partnerschaft in das Europäische Zentrum zur Bewältigung hybrider Bedrohungen in Helsinki (Hybrid COE) aufnehmen und ihnen den Beobachterstatus in der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) verleihen.

Eine weitere Herausforderung bilden die unterschiedlichen Erwartungen bestimmter Länder der Östlichen Partnerschaft. Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine, mit denen die EU Assoziationsabkommen geschlossen hat, erklären sich bereit, die Integration fortzusetzen, Aserbaidschan, Armenien und Belarus jedoch nicht unbedingt. Aus diesem Grund werden bestimmte Staaten zum Beispiel zur Initiative einer Partnerschaft „der zwei Geschwindigkeiten“ – Östliche Partnerschaft PLUS –Stellung nehmen müssen. Im Rahmen dieser Initiative könnten herausragende Länder der Östlichen Partnerschaft in die Zoll-, Digital- und Energieunion sowie in den Schengen-Raum aufgenommen werden (ohne jedoch der EU beizutreten). Die Union kann die Integration mit assoziierten Ländern im Rahmen der Erfahrungen mit der Arbeitsweise des Europäischen Wirtschaftsraums, der Zollunion mit der Türkei sowie des potenziellen Abkommens der EU mit Großbritannien festigen. Aufgrund verschiedener Einschränkungen darf jedoch keines dieser Modelle unmittelbar angewandt werden. Auf der anderen Seite sollte die EU ein sehr schwieriges Dilemma lösen, nämlich die Frage, ob sie will, dass zumindest die bei der Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft führenden Länder irgendwann die volle Mitgliedschaft in der EU erlangen. Die

Aussicht auf eine Mitgliedschaft kann einen Anreiz für Reformen und Anpassungsbereitschaft bieten, allerdings nur, wenn diese als real und zeitlich naheliegend erscheint.

Für beide Seiten der Östlichen Partnerschaft ist die Einstellung Russlands zu dieser Initiative von entscheidender Bedeutung. Russland ist der Östlichen Partnerschaft nicht wohl gesinnt, da es diese als Instrument zur Schwächung seines Einflusses in der Region betrachtet. Die EU und die Länder der Östlichen Partnerschaft können diese Einstellung nur sehr begrenzt beeinflussen. Es ist einfacher und machbarer, die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen den am meisten für die Zusammenarbeit mit der EU engagierten Ländern zu vertiefen, nämlich Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine. Diese könnten ein der Visegrád-Gruppe ähnelndes Format annehmen und die Gruppe der Assoziierten Länder bilden. Dadurch könnte eine einheitliche Stellung gegenüber der EU eingenommen und die politische Stärke der Länder erhöht werden.

Die Innenpolitik der einzelnen Länder der Östlichen Partnerschaft unterscheidet sich sehr voneinander. Zweifellos werden die künftigen Beziehungen mit der Europäischen Union in großem Maße davon abhängen, welche Fortschritte in Bezug auf die für die EU wichtigen Werte gemacht werden: Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, Normen der Demokratie, Unabhängigkeit der Justiz, Solidarität und Qualität der Regierungsführung. Unter den vielen spezifischen Aufgaben sollten diejenigen besonders hervorgehoben werden, die sich auf die Erleichterung des Kontakts zwischen Bürgern beziehen. Dazu zählt unter anderem die Unterstützung der EU-Institutionen bei der Senkung der Roaming-Preise zwischen den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der EU oder die Erhöhung der Mittel für das Programm Erasmus+.

Filip KACZMAREK

Der Entwicklungsfonds der Europäischen Union

Die Annäherung Georgiens an die Europäische Union im Hinblick auf einen möglichen Beitritt schreitet voran. Die Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und der georgischen Regierung haben in mehreren Bereichen wie Wirtschaft, Bildung oder Sicherheit zu konkreten und bedeutenden Maßnahmen geführt.

Zu Recht wurden Milliardensummen in Verkehrsprojekte in Georgien investiert. Zu Recht, weil Georgien aufgrund seiner geografischen Lage eine wichtige Rolle als Transitland zwischen Europa und Asien spielt.

Was den Bereich Bildung betrifft, studierten im Jahr 2015 mehr als 2 500 georgische Studenten im Rahmen des Erasmus+-Programms in der EU. Zusätzliche technische und

finanzielle Unterstützung wird es ferner ermöglichen, die Zahl der Studenten, der Begegnungen sowie der wissenschaftlichen und akademischen Projekte zu erhöhen.

Auch die Unterstützung bei der Prävention und Bewältigung von Naturkatastrophen wie Waldbränden und Überschwemmungen ist von größter Bedeutung. Außerdem ist es notwendig, die Sicherheit der georgischen Bürger zu gewährleisten und Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung und zur Verbesserung des Katastrophenschutzes zu ergreifen.

Die großen Anstrengungen, die die georgische Regierung unternommen hat, müssen jedoch fortgeführt und sogar umfassend unterstützt werden, wenn es eine bessere Politik geben soll, die Georgien den Weg zum Beitritt zur Europäischen Union ebnet.

Ich denke dabei insbesondere an die Entwicklung der Landwirtschaft. Die Europäische Union will Georgien bei der Verbesserung seiner Exportmöglichkeiten unterstützen, da sich die georgische Landwirtschaft noch in der Entwicklung befindet.

Seit 2013 haben die georgischen Landwirte mithilfe der im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsprogramms für Landwirtschaft und Entwicklung (ENPARD) gegründeten Genossenschaften in zwei Phasen erhebliche Unterstützung erhalten, und zwar in Höhe von 24,5 Mio. EUR im Zeitraum 2013-2017 für Phase I und 27 Mio. EUR im Zeitraum 2016-2020 für Phase II.

Viele der Besuche, die wir während unserer Erkundungsreise unternommen haben, gaben uns Einblicke in die Landwirtschaft im Allgemeinen, wie z.B. die Besichtigung des Weintunnels, der in das Granitgestein des Kaukasus geschlagen wurde und in dem 25 000 Flaschen Wein gelagert werden. Der Ausbau des Weins erfolgt in Tongefäßen, die im Untergeschoss gelagert werden. Diese Produktionsweise sollte erhalten und gefördert werden, damit der Handel zwischen Georgien und der Europäischen Union und der ganzen Welt weiter ausgebaut werden kann.

Der Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie etwa von Honig durch Imker-Genossenschaften sollte verbessert werden, da georgischer Honig über Deutschland in den EU-Ländern vertrieben wird.

Unser Besuch bei einer von der EU finanzierten Initiative zur ländlichen Entwicklung, bei der Gurken in energieeffizienten Gewächshäusern angebaut werden, war interessant, aber der Einsatz von Fungiziden könnte sich langfristig negativ auf die Gesundheit der Georgier auswirken.

Im Technologiepark Georgien sahen wir, wie 3D-Drucke und andere Modelle für Start-ups kostenlos hergestellt werden. Das betreffende Unternehmen wird von der EU gefördert (und von der Regierung finanziert) und verfügt über ein Gründerzentrum, einen Leiterplattenraum, iPhones, Gadgets, Prototypenkarten usw. Unternehmen können die Räumlichkeiten sechs Monate lang nutzen. Unternehmen, die ihre Produkte weltweit vertreiben, erhalten Zuschüsse und Subventionen. Gegenwärtig gibt es 58 solcher Unternehmen.

Die wichtigsten Punkte, auf die sich die Europäische Union zu konzentrieren hat, sind: Unabhängigkeit der Medien, Arbeitsbedingungen und das Ausmaß der Armut in ländlichen Regionen trotz der EU-Unterstützung, die nicht das gewünschte Ergebnis hervorgebracht hat.

Mireille D'ORNANO

WIR BRAUCHEN SIE, UND SIE BRAUCHEN UNS!

In einer Welt voller Unwägbarkeiten muss Georgien seine Identität und seine Bestimmung finden. Viele vertreten die Auffassung, dass unser Land unzweifelhaft zu Europa gehört. Zweifel sind hier aber sehr wohl angebracht, denn sogar in meiner Generation vertreten viele wiederum die Meinung, dass wir ein Teil Asiens sind. Wenn wir uns aber über so grundlegende Richtungsentscheidungen uneins sind, werden wir nie unseren Platz in der Geschichte finden. Im Alltag verhalten wir uns oft so wie die Menschen im Nahen Osten. Man hält es zum Beispiel für durchaus verzeihlich, wenn ein Mann fremdgeht, doch wenn eine Frau dasselbe tut, gilt es als Skandal. Ich denke natürlich anders darüber, aber anhand derartiger Beispiele sehen wir, dass über die Richtung, in der wir uns entwickeln wollen, ganz und gar keine Klarheit herrscht. Georgien liegt an der Grenze zweier Kontinente und damit im Zentrum vieler kultureller Strömungen. Wir können nicht frei entscheiden, wie wir uns definieren wollen, ob im Bereich Kultur, hinsichtlich unserer Entwicklungsrichtung oder was unser Verhalten angeht. Als zukünftiger Journalist möchte ich Einfluss auf diese Entscheidungen haben und meinem Land den Weg weisen, den wir meiner Meinung nach einschlagen müssen. Ich möchte mein Land als Mitglied der Europäischen Union sehen und ich werde zusammen mit den Menschen, die derselben Meinung sind wie ich, alles tun, um diesen langgehegten Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

Wie ich bereits sagte, liegt meine Heimat im Mittelpunkt vieler kultureller Strömungen an der Grenze zweier Kontinente; gleichzeitig haben wir noch nicht entschieden, welches Ziel wir anstreben wollen. Wir brauchen die EU als Vorbild und Partner, um das Beste, was wir haben, nämlich unsere Kultur, in der Welt bekannt zu machen. Kultur - für mich umfasst dieses Wort Musik, Sport, Tanz, Liebe, Gastfreundschaft und die heimische Küche. Dies alles ist Teil unserer Identität, und wir möchten es der Welt zeigen. Ohne uns sind die EU und auch der Rest der Welt nicht vollständig, und deshalb brauchen sie uns.

Ein wichtiges Detail darf ich jedoch nicht vergessen: Viele meiner Freunde glauben, dass Georgien gegenüber europäischen Unternehmen nicht wettbewerbsfähig ist und die meisten unserer Firmen nicht überleben werden, dass unsere traditionelle Tanzkunst nicht länger wertgeschätzt wird, unsere Musik ihre Vielfalt verliert, sobald wir Mitglied in der EU sind. Ich denke jedoch, dass die EU, die Heimat von Vielfalt und Gleichheit, niemals versucht, irgendeine Kultur „abzutöten". Ganz im Gegenteil, sie wird uns zeigen, wie wir erfolgreich sein

können, wie wir uns verbessern können. Wie sind die Schüler, Sie sind unsere Lehrer. Es gibt ein Sprichwort, das besagt: „Wir müssen alle lernen, und es ist keine Schande, voneinander zu lernen.“

Wir brauchen Sie, und Sie brauchen uns!

Erekle POLADISCHWILI

EINE SAGA ÜBER RECHTSSTAATLICHKEIT, GELD, GÄRTEN UND WÖLFE

Bericht über den Besuch einer Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder (VEM) bei der finnischen Ratspräsidentschaft

Während des Besuchs der VEM-Delegation bei der finnischen Ratspräsidentschaft in Helsinki wurde immer wieder die Unantastbarkeit der Rechtsstaatlichkeit als grundlegendes Prinzip einer demokratischen Gesellschaft in den Vordergrund gestellt.

Unsere Delegation umfasste 26 Personen aus 8 Mitgliedstaaten und wurde von Richard Balfe geleitet. Wir hatten das Glück, dass uns der ehemalige Kollege Henrik Lax dabei half, ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges Programm zusammenzustellen. In den drei Tagen wurde über viele Themen diskutiert - Klimawandel, Sicherheit, Populismus, Migration, Russland, Brexit -, aber wir kehrten immer wieder zum Thema Rechtsstaatlichkeit zurück, das für die finnische Präsidentschaft oberste Priorität hat.

Staatssekretär Matti Anttonen zeigte uns, wie sich aus der finnischen Geschichte ablesen lässt, welche Bedeutung die Rechtsstaatlichkeit für die Finnen hat. Andere Redner betonten, wie wichtig die Rechtsstaatlichkeit für kleine Mitgliedstaaten ist, da sie es ihnen ermöglicht, neben Großmächten zu überleben und sich zu entfalten. Europaminister Tytti Tuppurainen verglich die Rechtsstaatlichkeit mit einem schönen Garten, in dem viele Pflanzen blühen können. Die Alternative wäre ein Dschungel, in dem das Chaos herrscht.

Aber wie lässt sich die Rechtsstaatlichkeit in der EU durchsetzen? Letztendlich ist dies eine Frage des Geldes. Während einer umfassenden und angenehmen Debatte bei einem Abendessen mit dem ehemaligen Kommissionsmitglied Erkki Liikanen wurde die Bedeutung der Konditionalitätsklausel für den künftigen MFR hervorgehoben. Kein Politiker möchte

seinen Wählern sagen, dass er dafür verantwortlich ist, dass ihnen der Geldhahn zugedreht wird.

Dieser Besuch hatte für mich als ehemaliger Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EP/Finnland und damaliger Berichterstatter für den Beitritt Finnlands besondere Bedeutung. Ich genoss es, alte Freunde zu sehen und alte Lieblingsorte wieder aufzusuchen. Matti Vanhanen, der gemeinsam mit mir den Vorsitz im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss innehatte, ist nun Parlamentspräsident, nachdem er während der finnischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2006 Ministerpräsident war. Er war es, der in einer Diskussion über das Erstarken des Populismus Wölfe erwähnte. Er erklärte, dass er während der Jagdsaison Beschwerden über zu viele Wölfe erhält, die Jagdhunde töten. Da Finnland EU-Richtlinien zum Schutz von Wölfen einhalten muss, können keine Maßnahmen ergriffen werden, aber die Menschen meinen, dass Finnland selbst am besten beurteilen kann, wie das Problem zu lösen ist.

In Finnland findet der Populismus vor allem in der Partei „Die Finnen“ seinen Ausdruck, die derzeit die beliebteste Partei in den Meinungsumfragen ist. Leider konnten wir uns nicht mit ihnen austauschen, da ihr Parteichef nicht zu unserem Treffen erschienen ist.

Als ich Berichterstatter war, musste ich vor dem Großen Ausschuss aussagen, der die Aktivitäten der Minister kontrolliert und sie insbesondere intensiv über ihre Arbeit im Europäischen Rat befragt. Der derzeitige Vorsitzende Satu Hassi, ein ehemaliger Kollege, erläuterte die Bedeutung des Großen Ausschusses und wies darauf hin, dass die Bekämpfung des Klimawandels für die finnische Ratspräsidentschaft Vorrang hat.

Der Besuch im Exzellenzzentrum zur Abwehr hybrider Bedrohungen, einer gemeinsamen Einrichtung von EU und Nato, war faszinierend. Das Zentrum geht der Frage nach, wie neuartige Bedrohungen für unsere Gesellschaft, einschließlich IT-Sabotage, Einmischung in Wahlen und die Auswirkungen des Klimawandels, bekämpft werden können.

Die Delegation hielt auch ein Seminar mit jungen Finnen über die Zukunft Europas ab. Die Debatte deckte ein breites Spektrum ab, aber ich war erstaunt, wie sehr die Diskussion denselben Debatten während der Kampagne für das finnische Referendum zum Beitritt 1994 glich. Vielleicht dreht sich die Politik immer nur um denselben Kreis.

Wir danken den finnischen Kollegen Lax, Virrankoski, Jäätteenmäki und Thors für ihre Unterstützung und unserem Sekretariat für seine Bemühungen.

Gary TITLEY

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zeichen des Brexit

Die Zukunft der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union war eines der Themen, die bei dem Besuch der Delegation der Ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlamentes in Finnland besprochen wurden. Von besonderem Interesse waren dabei der Gespräche bei dem Besuch des Europäischen Kompetenzzentrums für die Abwehr hybrider Bedrohungen. Ebenso auch die Beurteilung der Sicherheitsfragen aus der Sicht der finnischen Neutralität. Dazu kam das Thema des Brexit und seine Bedeutung für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.

In der derzeitigen Situation der Unsicherheit gilt es, nüchtern analysieren, was der Brexit in der Realität bedeutet. Zunächst einmal entfallen fast 20% der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union. Wir sind jetzt nicht mehr mit unserer Wirtschaftsleistung der größte, sondern eindeutig der zweitgrößte Markt der Welt. Das mindert unsere Fähigkeit, auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln.

Der Ärmelkanal wird wieder zu einer Zollgrenze wie in alten Zeiten. Der damit verbundene Bürokratismus ist unangenehm für die Europäische Union, aber noch unerfreulicher für die Briten. Auch stehen uns sehr schwierige Verhandlungen bevor über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und das zukünftige Verhältnis Großbritanniens zum Europäischen Binnenmarkt.

Diese wirtschaftlichen Aspekte sind aber weniger wichtig. Langfristig schwerwiegender ist die Tatsache, dass sich die Gewichte innerhalb der Europäischen Union verschieben. Deutschland gerät noch mehr in eine Führungsrolle, die es nicht gesucht hat und die es allein nicht leisten kann. Darum wird die deutsch-französische Zusammenarbeit noch wichtiger. Daraus darf aber kein Direktorium entstehen, sondern die kleinen und mittleren Länder müssen mit einbezogen werden. Das neue Abstimmungsverfahren im Rat bietet dafür eine gute Grundlage, da es große und kleine Länder in angemessener Weise berücksichtigt.

Die durch die Trennung von England entstandene Situation müssen wir nutzen, um noch einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, wie dieses zukünftige Europa der 27 aussehen soll. Wir müssen uns mehr als in der Vergangenheit auf die Bereiche konzentrieren, wo das gemeinsame Handeln eindeutige Vorteile bringt: Auf den gemeinsamen Markt, die gemeinsame Währung und die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik.

Darum ist es notwendig, dass das Europa der 27 auch ein Europa der gemeinsamen Sicherheit werden muss. Die Vorschläge von Michel Barnier und Federica Mogherini für die nächsten Schritte auf diesem Weg liegen auf dem Tisch. Bemerkenswert ist auch, dass Ursula von der Leyen gefordert hat, die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Verteidigungsunion weiterzuentwickeln.

Was wir jetzt brauchen ist ein konkretes Projekt, welches gleichzeitig auch ein Symbol sein kann. Unterschätzen wir nicht die Kraft von Symbolen. Bei der Verwirklichung des Binnenmarktes waren es die Grenzschranken, die offene Grenzen zwischen den Mitgliedsländern und gemeinsame Grenzen nach außen anzeigten. Bei der gemeinsamen Währung sind es die Euromünzen, die jeder bei sich trägt und die auf der einen Seite ein Europäisches, auf der anderen Seite Symbole unserer Europäischen Nationen tragen.

Wenn es um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, kann ich mir derzeit kein stärkeres Symbol denken als das Eurocorps. Darum habe ich auch vorgeschlagen, das Eurocorps in den Mittelpunkt der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stellen. Es sollte unser konkretes Nahziel sein, dieses zu einem wirksamen Instrument der Europäischen Verteidigung weiterzuentwickeln.

Besorgniserregend ist jedoch in der heutigen Situation die Tatsache, dass in den letzten Jahren die Bedeutung der Europäischen Institutionen schwächer geworden ist. Ein starkes Europa kann es aber nur dann geben, wenn es auch von starken Institutionen getragen wird.

Karl VON WOGAU

DER MFF- UND DIE EU-POLITIK 2021-2027: DIE ZIELE DER EU BIS 2030

Das Robert-Schuman-Zentrum für Höhere Studien (RSCAS) am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz hat erneut unter Beweis gestellt, dass es in der Lage ist, eine gute Verbindung zur politischen Realität herzustellen und gleichzeitig hochrangige Überlegungen zu verschiedenen konkreten Themen anzustellen, die an oberster Stelle der politischen Agenda der europäischen Institutionen stehen.
Die von den wissenschaftlichen Koordinatoren des Seminars - der Direktorin des RSCAS, Brigid Laffan, und Professor Alfredo De Feo - eingeladenen Teilnehmer setzten sich in perfekter Weise aus Wissenschaftlern und Verwaltungsfachleuten zusammen, darunter ein ehemaliger Finanzminister sowie Vertreter der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Investitionsbank. Das RSCAS hatte unter besonderer Berücksichtigung des VEM fünf ehemalige Mitglieder eingeladen, sich an den Erörterungen zu beteiligen: Monica Baldi, Reimer Boege, Elmar Brok, Ivailo Kalfin und Alain Lamassoure.
Es ist darauf hinzuweisen, dass dieser Workshop zum richtigen Zeitpunkt, in dieser entscheidenden Phase für die Zukunft des europäischen Projekts, nach dem Amtsantritt der neuen Kommission und des neuen Parlaments anberaumt wurde, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Festlegung der finanziellen und politischen Prioritäten für die Zeit nach 2020 eine der größten Herausforderungen für die EU-Organe und die Regierungen der Mitgliedstaaten darstellen wird.

Der mehrjährige Finanzrahmen ist kein finanzielles Dokument, sondern eine Box, in der alle EU-Politiken mit finanziellen Auswirkungen zusammengefasst sind. Die Hinterbliebenschaft der scheidenden Kommission umfasst eine Reihe von Gesetzgebungsvorschläge für den Zeitraum nach 2021. In den Diskussionen wurde von einigen vorgebracht, dass die Gesetzgebungsvorschläge hätten ambitionierter ausfallen können, wohingegen andere den Kontinuitätsansatz der Kommission verteidigten.
Die Entscheidungen werden vom Rat und dem neu gewählten Europäischen Parlament getroffen, wohingegen die von-der-Leyen-Kommission als ehrlicher Vermittler fungiert, aber zugleich ihre politische Agenda voranbringt. Die letzte Phase der MFR-Verhandlungen und Gesetzgebungsvorschläge stellt für die neue Kommission eine einmalige Gelegenheit dar, den nächsten fünf Jahren ihrer Amtszeit ihren eigenen Stempel aufzudrücken.
Während der zweitägigen intensiven Debatten wurden Vorschläge zur Stärkung des Integrationsprozesses unterbreitet, ohne dass dadurch die Belastung der öffentlichen Finanzen durch die Stärkung der Finanzinstrumente und den Ausbau von privaten/öffentlichen Partnerschaften zwangsläufig erhöht wird.
Vor der abschließenden Gesprächsrunde - bei der auf die gewonnenen Erkenntnisse und Erwartungen eingegangen wurde - wurden mehrere Themen diskutiert, wie z.B.: Ambitionierte Herangehensweise oder Kontinuität; Migrations-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Nachbarschaftspolitik; Kohäsion, Werte und natürliche Ressourcen; Ressourcen und Wirtschafts- und Währungspolitik; Innovationen und Investitionen.
Die Veranstalter kündigten die Veröffentlichung eines Sammelbandes an, in dem die Seminardebatten zusammengefasst werden.
Ich glaube, dass diese weitsichtige Initiative dazu beitragen kann, über die Herausforderungen nachzudenken, vor denen wir stehen werden; sie ist sicherlich eine Quelle der Inspiration für alle, die an der Erneuerung der EU-Politik im Rahmen der Wiederbelebung des europäischen Projekts interessiert sind.

Monica BALDI

DISKUSSIONEN ÜBER DIE WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT, ÜBER KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS UND ÜBER KARRIERECHANCEN IM BEREICH DER EUROPÄISCHEN STUDIEN

Die Babeș-Bolyai-Universität (UBB Cluj-Napoca) ist eine der größten Universitäten Rumäniens. Ihre etwa 41 000 Studierenden machen Cluj zu einer florierenden, jungen Stadt. Die Universität, die gemeinhin unter der Abkürzung UBB bekannt ist, arbeitet eng mit dem Europäischen Parlament und dem Verein der ehemaligen Mitglieder (VEM) zusammen. Im Rahmen unseres gemeinsamen Programms wurde ich eingeladen, am 16., 17. und 18. April 2019 drei Vorträge zu halten. Die Einladung erfolgte kurz vor der Wahl zum Europäischen

Parlament. Daher musste ich die mit dieser Wahl verbundenen Chancen und Risiken selbstverständlich in den Mittelpunkt rücken.
Zunächst war ich etwas überrascht, dass ich gebeten wurde, drei lange Vorträge über drei unterschiedliche Themen zu halten. Die Anwesenheit zahlreicher junger Studierender (zwischen 40 und 60 Studierende an den unterschiedlichen Terminen) und die herzliche Begrüßung durch die Assistenzprofessoren machten das jedoch zu einer ziemlich einfachen Aufgabe. In meinem ersten Vortrag ging es um die Bedeutung der Wahl zum Europäischen Parlament. Ich sprach über die Bedeutung des Europäischen Parlaments als EU-Organ, das die Bürger vertritt, und erläuterte seine Rolle im Beschlussfassungsverfahren der EU. Nach meinem Vortrag stellten die Studierenden viele Fragen zu der Gefahr des Populismus und den Chancen der proeuropäischen und euroskeptischen Kräfte. Es war sehr inspirierend, zu erkennen, dass alle Studierenden proeuropäisch eingestellt waren, und zu hören, dass sie die extremen nationalistischen Tendenzen in Rumänien und ganz Europa entschieden ablehnten. Als ehemaliges ungarisches Mitglied des Europäischen Parlaments wurden mir selbstverständlich auch Fragen zum Einfluss von Viktor Orbán gestellt, und ich bemühte mich, die richtigen Antworten zu finden.
In meinem nächsten Vortrag zum Thema „Demokratie ohne Liberalismus – Umgang mit Populismus in der EU“ griff ich das Thema des ersten Vortrags wieder auf. Ich versuchte, aufzuzeigen, dass wir zwar gegen illiberale Tendenzen vorgehen können, dass dies jedoch einzig und allein auf der Grundlage einer gerechten und tragfähigen Sozialpolitik möglich ist. Die weit verbreitete Angst vor Armut und sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit sowie das Gefühl, von den traditionellen Parteien vernachlässigt zu werden, sind die wichtigsten Triebfedern des Populismus. Es reicht nicht, Populismus nur zu verurteilen: Wir müssen auch für ein soziales Europa kämpfen. Einige Studierende verteidigten den Kapitalismus jedoch und verurteilten jegliche sozialistischen Tendenzen. Wir führten eine angenehme Diskussion über die Rolle, die die Mitgliedstaaten und die Europäische Gemeinschaft bei der Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit spielen müssen.
Am dritten Tag leitete ich einen Workshop zum Thema „Karrierechancen im Bereich der Europäischen Studien“. Aufgrund der Bedeutung des Themas hatte ich einige Folien vorbereitet, um den Studierenden alle Websites zu zeigen, auf denen Informationen über die verschiedenen Stipendien, Praktika, Freiwilligentätigkeiten usw. im Zusammenhang mit der EU zu finden sind. Ich ging auch auf die Rolle der Assistenten der Mitglieder des EP und das Praktikumsprogramm des VEM ein. Die Studierenden schienen sich sehr für die Teilnahme an diesen Programmen zu interessieren, um ihre Studienabschlüsse im Bereich der Europäischen Studien zu ergänzen.

Ich traf mich auch mit der Vizerektorin der UBB, Prof. Mihaela Lutas, und wir waren uns einig, dass unsere gemeinsamen Programme äußerst wichtig sind. Ich bedankte mich für ihre Gastfreundschaft und wir beschlossen, die Partnerschaft zwischen dem VEM und der UBB fortzusetzen.

Gyula HEGYI

IN MEMORIAM

JACQUES CHIRAC UND DIE KULTUR DES RESPEKTS

Europa stellte für Jacques Chirac wie auch für seine diversen Vorgänger im Amt des Präsidenten der Französischen Republik ein besonderes Anliegen dar. Seine Zeit im Europäischen Parlament legte den Grundstein für den tiefen Respekt, den er vor der europäischen Demokratie empfand. Ich kann mich an einen Besuch im Europäischen Parlament erinnern, den er kurz nach seiner Wahl 1995 unternahm und bei dem das Thema der Wiederaufnahme der Atomtests in einer Sitzung hochkochte. Auf dem Rückflug stellte er die Frage: „Welcher Kontinent sonst kann ein solches Maß an Demokratie vorweisen?“

Der zentrale Wert seines Engagements für Europa dürfte die Unabhängigkeit gewesen sein. Europa sollte der Hebel sein, der für die Behauptung unserer Ideen in dieser von der Rückkehr der Großmächte geprägten Welt notwendig war und immer noch ist. Er wollte nicht, dass Europa einem Block angehört. Als es um den Krieg im Irak ging, legte er gegenüber dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Entschlossenheit an den Tag. Als Spitzenpolitiker trat er für den Frieden ein. Er setzte sich für vertrauensvolle Beziehungen zu Russland, aber auch zu China ein. Sein lebhaftes Interesse gegenüber Asien ging auf seine Leidenschaft für die Zivilisationen des Altertums zurück. Jacques Chirac hat stets gegenüber allen europäischen Nationen Respekt gezeigt, auch wenn er den französisch-deutschen Beziehungen und seiner Freundschaft mit Gerhard Schröder einen besonderen Stellenwert einräumte.

Ihm ging es nahe, dass die Ambitionen der Franzosen für Europa allmählich, doch kontinuierlich zurückgefahren wurden. In einem spannungsgeladenen internationalen Umfeld bereitete ihm die Renaissance der europäischen Idee in jüngster Zeit Freude.

Für Jacques Chirac lag die Zukunft Europas im großen eurafrikanischen Kontinent. Auch in diesem Zusammenhang machte er gegenseitigen Respekt als Quelle unserer gemeinsamen Zukunft aus.

In der Zeit, als ich unter Präsident Jacques Chirac fünf Jahre lang Minister und davon drei Jahre lang Ministerpräsident war, habe ich diesen großzügigen Menschen zu lieben gelernt, der anderen stets mit Aufmerksamkeit begegnete; allerdings empfand er auch tiefe Sorge um die Zukunft der Menschheit und unseres gemeinsamen Hauses, der Erde.

Für mich war es eine Manifestation der Stimme des Volkes, als ich am letzten Wochenende im September sah, mit welcher Zuneigung das französische Volk seinem ehemaligen Präsidenten gedachte. Diese Zuneigung beruhte auf Gegenseitigkeit.

Jean-Pierre RAFFARIN